

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

46/2009 · 9. November 2009



Neue Kriege

Jochen Hippler

Wie „Neue Kriege“ beenden?

Monika Heupel

Die Gewaltökonomien der „Neuen Kriege“

Michael Brzoska

Bedingungen erfolgreicher Friedenskonsolidierung

Rita Schäfer

Kriegerische Männlichkeit

Sibylle Tönnies

Die „Neuen Kriege“ und der alte Hobbes

Susanne Fischer

Journalisten im Irak

Editorial

Für das Jahr 2008 verzeichnete die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg weltweit 40 Kriege und bewaffnete Konflikte – wenige darunter sind noch „klassische“ zwischenstaatliche Kriege. Politikwissenschaftler wie Mary Kaldor und Herfried Münkler konstatieren einen Gestaltwandel des Krieges seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und prägten hierfür den Topos „New Wars“ – „Neue Kriege“. Dieser fand schnell große Verbreitung, wird aber in der Friedens- und Konfliktforschung auch kontrovers diskutiert.

Die große Mehrheit der Kriege sind heute innerstaatliche Konflikte, das heißt unkonventionelle Bürgerkriege und Aufstände. Ein Ende finden diese vergleichsweise selten durch den militärischen Sieg einer Seite, häufiger sind Verhandlungsfrieden oder ein Abflauen der Gewalt, bis nicht mehr von einem „Krieg“ gesprochen werden kann. Infolgedessen hat die Bedeutung militärischer Übermacht nachgelassen. Vielmehr kämpfen die Konfliktparteien um Legitimität, Loyalität und politische Verankerung.

Nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Zahl der Kriege und bewaffneten Konflikte stark zurückgegangen. Seitdem wurden jährlich im Durchschnitt deutlich mehr Kriege beendet, als in den Jahrzehnten zuvor. Zugleich ist aber die Wahrscheinlichkeit gestiegen, dass Kriege wieder aufflammen, da Kriegsparteien oft auch nach Beendigung der Gewalt politische oder soziale Akteure bleiben. Erschwert wird die Friedenskonsolidierung auch dann, wenn die Bedingungen und Strukturen erhalten bleiben, welche zur Finanzierung der Kämpfe beigetragen haben. Dies sind Herausforderungen, denen sich die internationale Staatengemeinschaft und andere politische Akteure stellen müssen, um den Ausbruch gewaltsamer Konflikte zu verhindern und Kriege dauerhaft zu beenden, nennt man sie „neu“ oder auch nicht.

Manuel Halbauer

Wie „Neue Kriege“ beenden?

Die überwältigende Mehrheit der modernen Kriege findet bekanntlich nicht länger zwischen Staaten statt, sondern innerhalb

Jochen Hippler

Dr. sc. pol., geb. 1955;
Privatdozent am Institut für
Entwicklung und Frieden (INEF),
Universität Duisburg-Essen,
Geibelstraße 41,
47057 Duisburg.
post@jochen-hippler.de

Gewaltkonflikten sind heute:

- Aufstandskriege (Aufstände und Aufstandsbekämpfung/*Counterinsurgency*), bei denen – auch, aber nicht nur gewaltsam – um die Machtverteilung in einem Land gerungen wird. Dabei stehen sich in der Regel eine oder mehrere Aufstandsbewegungen und eine Regierung gegenüber. Nicht selten werden eine oder beide Seiten von auswärtigen Regierungen oder nicht-staatlichen Akteuren unterstützt. Die Kriege in El Salvador und Nicaragua der 1980er Jahre sind klassische Beispiele. Sonderfälle bestehen bei Aufständen/Aufstandsbekämpfung gegen – reale oder als solche wahrgenommene – Besatzungstruppen (wie etwa in Afghanistan oder dem Irak, unter anderen Bedingungen in Palästina).
- Daneben gibt es kriegerische Auseinandersetzungen oder größere Gewaltkonflikte im Kontext von *failed states*, bei denen ein funktionierender Staatsapparat entweder nicht (mehr) existiert, irrelevant geworden oder auf das Niveau von Warlords oder Milizen abgesunken ist und verschiedene Gruppierungen (Warlords, ethnische oder ethno-religiöse Gruppen, „Gewaltunternehmer“, etc.) um Macht oder Ressourcen kämpfen. Somalia oder Afghanistan in den 1990er Jahren stellen Beispiele dar.

Die Unterschiede zwischen diesen Kriegstypen sind zwar bedeutsam, werden aber oft überschätzt. Beide werden kaum jemals konventionell geführt, auch wenn häufig konventionell bewaffnete militärische Einheiten beteiligt sind. In beiden Fällen sind Kriegsbeendigungen durch militärische „Siege“ ausgesprochen selten und oft unmöglich, *zumindest bevor nicht eine Seite politisch bereits verloren hat*. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, dass beide Typen keine Gegensätze darstellen müssen, sondern miteinander verbunden sein können: Aufstandskriege können zur Schwächung oder Fragmentierung von bereits fragiler Staatlichkeit führen und das Tor zu einem *failing state* öffnen. Oder ein Aufstandskrieg kann – falls eine solche Kriegsform bereits im Kontext eines *failing state* stattfindet – zum endgültigen Auseinanderbrechen oder Scheitern eines Staatsapparates führen, wenn zum Beispiel Aufständische den Staat massiv schwächen, selbst aber nicht die Macht erringen, sondern sich die (auch bewaffneten) Fragmente des Staatsapparates verselbständigen und zu eigenständigen Akteuren werden. Die Grenzen beider Kriegstypen sind also durchaus fließend.

Bei den Fällen von Aufstandskriegen und Kriegen in *failed states* fällt auf, dass der Gewinn oder Verlust von Territorium und die Größe und Feuerkraft der Streitkräfte von weitaus geringerer Bedeutung, dass sogar die Gewalt und Zerstörungskraft des Krieges von nachgeordneter Relevanz bei der Kriegsentscheidung sind als in klassischen Kriegen. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass die Begriffe „Sieg“ oder „Kriegsentscheidung“ eine andere Bedeutung tragen als bei konventionellen Kriegen. Da es „Entscheidungsschlachten“ oder direkte militärische Siege bei diesen Kriegsformen kaum gibt, muss hier Erfolg anders definiert werden. Als Kriterium für Erfolg oder „Sieg“ kann nur gelten, ob es einer Konfliktpartei gelingt, die politischen Absichten durchzusetzen, die dem Krieg oder Gewaltkonflikt zugrunde lagen. Hierbei

¹ Dieser Beitrag basiert auf einer gekürzten und überarbeiteten Fassung von: Jochen Hippler, „The Decisive Battle is for the People’s Minds“ – Der Wandel des Krieges: Folgerungen für die Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, in: Jochen Hippler/Christiane Fröhlich/Margret Johannsen/Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder (Hrsg.), *Friedensgutachten 2009*, Münster 2009, S. 32–47.

kann es sich um die Gewinnung staatlicher Macht, die Bereicherung einer Führungsgruppe oder die Ausbeutung natürlicher Ressourcen handeln, oder auch um die Durchsetzung einer Veto-Position über zentrale Entscheidungen, die Vernichtung einer politischen oder ethnischen Gruppe, die Selbstbestimmung, Autonomie oder Unabhängigkeit. Solche Ziele können durch Kombination politischer und militärischer Mittel auch dann erreicht werden, wenn ein Krieg nicht militärisch „entschieden“ wird – in bestimmten Fällen kann sogar die Verewigung des Krieges eine Strategie sein, um ein Ziel zu erreichen. Viele Aufständische haben Kriege dadurch politisch „gewonnen“, dass sie ihn gegen überwältigende militärische Übermacht nicht verloren.

Der Kern der meisten aktuellen Gewaltkonflikte und „Kriege“ liegt deshalb nicht länger in der Zerschlagung oder Vernichtung der gegnerischen Streitkräfte. Dieses Ziel wird zwar oft weiter verfolgt, ist aber häufig entweder unmöglich zu erreichen oder nur von niederer Priorität – da Aufständische sich selten in größeren Formationen zur Schlacht stellen, sondern in kleinen Einheiten Überraschungsangriffe aus dem Hinterhalt unternehmen. „Entscheidungsschlachten“ sind so kaum möglich. Solange sie dabei von relevanten Sektoren der Bevölkerung unterstützt werden und von dieser ohnehin oft nicht zu unterscheiden sind, kann ein „militärischer Sieg“ über sie meist nur durch ethnische Säuberung oder Völkermord gelingen.

Deshalb hat sich der im Kern immer „politische“ Krieg noch weiter politisiert und wird zunehmend um die Loyalität oder die stillschweigende Tolerierung der Kriegsparteien durch die Bevölkerung geführt. Diese wird zugleich zum Mittel und Ziel der Kriegführung, das hierarchisch organisierte Militär verliert in beider Hinsicht an Bedeutung. Dafür gibt es strategische und taktische Ursachen: Solche gewaltsamen Konflikte werden primär *um die politische Macht in einem Land* geführt, und nicht, nur indirekt oder in zweiter Linie, um einer fremden Regierung den eigenen Willen aufzuzwingen (etwa eine Provinz abzutreten) oder eine Neuordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen durchzusetzen. Innergesellschaftliche „Macht“ mag zwar eine wichtige gewaltsame bzw. militärische Dimension beinhalten, ist aber weit

komplexer als der Sieg über eine fremde Armee. (Wobei innerstaatliche Machtkämpfe durchaus eine zwischenstaatliche Dimension in sich tragen können, und dies am stärksten, wenn sie unter Beteiligung von Drittstaaten geführt werden. Bezogen auf den Irak und Afghanistan liegt dies auf der Hand.)

Früher wie heute gilt es im Krieg, den Willen und die Fähigkeit (beides hängt offensichtlich eng zusammen) des Gegners zur Fortsetzung des Konflikts zu brechen. Aber während früher beides vor allem von der Funktionsfähigkeit und Stärke der eigenen Streitkräfte abhing, ist dies bei vielen der neuen Kriegsformen nur noch sehr eingeschränkt oder gar nicht mehr der Fall. Bei den beiden oben genannten Kriegstypen wird dies in der Regel vor allem dadurch erreicht, dass dem Gegner die politische, gesellschaftliche und ökonomische Basis für die Führung des Krieges entzogen wird. Das aktuelle Handbuch der *US Army* und des *US Marine Corps* zur Aufstandsbekämpfung bringt dies so auf den Punkt: „It is easier to separate an insurgency from its resources and let it die than to kill every insurgent.“¹² Eine solche Trennung mag physisch oder politisch-psychologisch erfolgen – in beiden Fällen geht es darum, den Gegner von seinen materiellen und politischen Hilfsquellen abzuschneiden. Erst danach kann militärisches Vorgehen gegen einen solchen Gegner Erfolg zeitigen. Militärische Gewalt ist damit nicht bedeutungslos, aber sie wird häufig von einer strategischen zu einer – wenn auch wichtigen – taktischen Variablen.

Governance, State Building und Gegenstaatlichkeit

Abgesehen vom nackten Zwang bis zu systematischem Staatsterror und ethnischen Säuberungen bleibt als Strategie zur erfolgreichen Beendigung von Aufstands- und unkonventionellen Bürgerkriegssituationen sowohl für Aufständische als auch Regierungen nur das zähe Ringen um die Unterstützung und Loyalität der zentralen gesellschaftlichen Sektoren des betroffenen Landes. In *failed states* tritt diese Notwendigkeit zum Teil erst deutlich verzögert ein, wenn es darum geht,

¹² US Army/US Marine Corps, Counterinsurgency, Field Manual No. 3–24, Chicago 2007, S. 40.

die substaatlichen Machtbereiche auf Dauer zu sichern und zu quasi-staatlichen Einheiten zu transformieren. Die Herrschaft Ismail Khans im afghanischen Herat stellte ein Beispiel dafür dar, dass auch Warlords dieses Erfordernis erkennen. Dabei geht es allerdings nicht um oberflächliche Phänomene wie – prinzipiell schnell wandelbare – Zustimmungswerte bei Umfragen, sondern um die gesellschaftliche Verfestigung und das Organisieren der Akzeptanz der politischen Kräfte. Deshalb wird der Kampf um Governance-Strukturen (also um gesellschaftliche Regelungsstrukturen staatlicher, halbstaatlicher oder nichtstaatlicher Art) zum strategischen Hebel solcher unkonventionellen, gesellschaftlichen Kriege. Letztlich ringen die Kriegsparteien um gesellschaftlich organisierte Legitimität – und jede militärische Gewaltanwendung, die diesem Ziel nicht dient oder ihm gar schadet, wirkt kontraproduktiv, selbst wenn sie im konventionellen Sinn „erfolgreich“ sein mag.

Das *Counterinsurgency*-Handbuch von *US Army* und *US Marine Corps* formuliert diese Punkte in großer Klarheit: „Political power is the central issue in insurgencies and counterinsurgencies; each side aims to get the people to accept its governance or authority as legitimate. (. . .) *The prime objective of any COIN (counterinsurgency; JH) operation is to foster development of effective governance by a legitimate government. Counterinsurgents achieve this objective by the balanced application of both military and non-military means. (. . .) (T)he decisive battle is for the people’s minds.*“¹³

In Bürgerkriegs- und Aufstandssituationen wird es praktisch immer ein breites Spektrum an Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung geben: Politisch oder ideologisch von der Sache der Aufständischen vollkommen Überzeugte, sie eher opportunistisch oder halbherzig Bevorzugende, Gleichgültige oder Neutrale, opportunistische oder halbherzige Regierungssympathisanten, überzeugte Regierungsanhänger, darüber hinaus Sektoren, die von einer oder beiden Seiten entweder eingeschüchtert, bedroht oder durch materielle oder andere Vorteile begünstigt werden. Ähnliches gilt weitgehend in Kriegen in *failed states*. Keiner Konfliktpartei

wird es in der Regel gelingen, die gesamte Bevölkerung oder den überwältigenden Teil zu überzeugten Parteigängern zu machen, aber dies ist für einen Erfolg auch nicht erforderlich. Um einen solchen Krieg erfolgreich zu beenden reicht es meist, über einen überzeugten und organisierten Stamm eigener Unterstützer zu verfügen, die allerdings auch aktiv und mobilisierbar sein müssen (z. B. Informationen, Nahrungsmittel und andere Unterstützungsleistungen oder Rekruten bereitstellen). Gleichzeitig müssen die soziale Basis der Gegenseite demotiviert, geschwächt oder politisch gelähmt und den größten Teil der Bevölkerung zumindest zu wohlwollender Neutralität bewegt werden.

Um diesem strategischen Ziel nahezukommen, müssen die Bürgerkriegsparteien

- den entsprechenden Teilen der Bevölkerung etwas zu bieten haben, das die andere Seite nicht bereitstellen kann oder will (z. B. eine Landreform, politische Partizipation, Befreiung von ausländischer Besatzung, Wirtschaftswachstum, Stabilität, Rechtssicherheit, Überleben);
- legitimer erscheinen als die Gegenseite, gleich auf welche Weise;
- die politische Unterstützung aus Teilen der Bevölkerung organisatorisch verfestigen und verstetigen und für den politischen und militärischen Kampf nutzbar machen; und
- soweit möglich die sympathisierenden Bevölkerungsteile vor Repression und Verfolgung der Gegenseite schützen, zugleich die antagonistischen Gesellschaftssegmente verunsichern.

Darüber hinaus bietet es sich oft an,

- diese politischen Kernelemente programmatisch und ideologisch auf eine für die Bevölkerung plausible Art zusammenzufassen, welche die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft fördert.

Im Rahmen von *failed states* spielt darüber hinaus die ökonomische oder infrastrukturelle Abhängigkeit der Bevölkerung im Rahmen einer Kriegsökonomie eine besondere Rolle, um die Bevölkerung einer Region zum Wohlverhalten

¹³ Ebd., S. 2, 37, 49; Hervorhebung durch den Autor.

zu bewegen, etwa durch Beschäftigungsmöglichkeiten in Milizen oder Schmuggel.

Das Ziel all dieser Anstrengungen besteht darin, Bedingungen zu schaffen, damit die Aufständischen – in den bekannten Worten Mao Tse Tungs – sich wie „Fische im Wasser“ der Bevölkerung bewegen können, oder, aus der Perspektive der Regierung, die „*hearts and minds*“ der Bevölkerung für sich gewinnen. Genau darin liegt der strategische Schwerpunkt jedes unkonventionellen Bürgerkriegs und jedes Aufstands, der über Sieg oder Niederlage entscheidet. Militärische Mittel sind für die Kriegsbeendigung hierbei nur relevant, wenn sie diesem Ziel dienen oder den Gegner dabei behindern. Es ist offensichtlich, dass die Feuerkraft und Größe der Streitkräfte oder das Erobern oder Halten von Territorium weniger relevant sind als eine feste und dauerhafte politische Verankerung.

Dabei verfügen existierende staatliche Strukturen prinzipiell über einen politischen Vorsprung. Real existierende gesellschaftliche und politische Strukturen erscheinen der Bevölkerung zuerst einmal legitimer und „realistischer“ als nur gedachte Alternativen. Das Gegebene empfindet man leicht als „normal“ und selbstverständlich, bestehende gesellschaftliche Strukturen laden dazu ein, sich zu arrangieren und darin einzurichten. Dagegen haben Aufständische zuerst einmal wenig mehr anzubieten, als möglicherweise ungedeckte Wechsel auf die Zukunft. Daraus resultiert viererlei, nämlich: (1) dass bei funktionierenden und erträglichen oder gar akzeptablen staatlichen (oder substaatlichen) Strukturen Aufstandsbewegungen kaum eine Chance haben; (2) dass bei einer entstehenden oder bestehenden Aufstandssituation die theoretisch beste staatliche Strategie darin besteht, durch Reform zu einem funktionierenden und legitimen Staatsapparat zu werden – wobei manche illegitimen Regierungen diesen Weg kaum beschreiten können, ohne selbst die Macht zu verlieren; (3) dass die Aufständischen häufig darauf zielen werden, einen bereits illegitimen, nur teillegitimen und/oder kaum funktionierenden Staatsapparat genau daran zu hindern und ihn weiter zu schwächen, indem sie seine funktionierenden Elemente zum Ziel politischer und militärischer Angriffe machen; und (4) dass die Aufständischen selbst sich stark darum bemühen werden, Elemente von Gegenstaatlichkeit aufzubauen, sei es in „be-

freiten Gebieten“ oder parallel zu offiziellen Staatsorganen. Dabei geht es insbesondere um die Schaffung eines eigenen Rechtswesens (mit entsprechend hohem Legitimationspotential für die Aufständischen) oder Steuerwesens (mit offensichtlich hoher Bedeutung für die Kriegsfinanzierung).

Hierin liegt die politische Bedeutung einer Einführung der Scharia in Regionen des Irak, Afghanistans oder Pakistans, die dem Staat das Rechtswesen entwenden soll. Auch die Etablierung von Schulen und Krankenhäusern bietet sich an, da sie die Kooperationsnotwendigkeit der Bevölkerung mit den staatlichen Instanzen vermindert, ihre direkten Bedürfnisse befriedigt und propagandistisch und legitimatorisch attraktiv ist. In modifizierter Form gilt dies auch für Warlords, die ihre Herrschaft über ein bestimmtes Gebiet so leichter absichern und stabilisieren können. Bei ihnen – aber auch in den meisten anderen Bürgerkriegsformen – hat allerdings die Zerstörung der Governance-Strukturen der Gegenseite Vorrang vor dem Aufbau eigener.

Krieg um Loyalität

Insgesamt hat sich der Trend zum politisch-sozialen – statt primär militärischen – Krieg fortgesetzt. Diese Aussage darf allerdings nicht missverstanden werden: Selbstverständlich waren Kriege auch früher immer „politisch“, da sie der Durchsetzung politischer Ziele dienten und auch unbeabsichtigte politische Wirkungen hatten; und ebenso selbstverständlich sind Kriege heute weiterhin gewaltsam und „militärisch“ – sonst würde es sich ja nicht um Kriege handeln. Der Unterschied besteht vielmehr darin, dass die innergesellschaftlichen Kriege nicht nur wie ihre „klassischen“ Verwandten in letzter Instanz politischen Zielen dienen, während sie selbst vor allem ein militärisches Kräftemessen darstellten, sondern dass sie in der Regel bereits auf der taktischen Ebene und direkt auf politische Ergebnisse orientiert sind, nämlich auf die Beeinflussung des Verhaltens und der Einstellung der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund lässt sich feststellen, dass in unkonventionellen Bürgerkriegen, bei Aufständen und Guerillakriegen in aller Regel die strategische Entscheidung auf der politischen Ebene fällt, nicht nur, wie erwähnt, durch die Gewinnung der Loyalität der Bevölkerung,

sondern auch durch die Überzeugung der Öffentlichkeit eines intervenierenden Drittlandes von der Legitimität, der Sinnhaftigkeit und dem Erfolg eines Krieges, beziehungsweise von dessen Sinnlosigkeit oder seiner Ungewinnbarkeit.

Militärische Mittel und Gewalt haben auf diesen Ebenen vor allem taktische Bedeutung. Beispielsweise sind Verluste von Regierungstruppen oder intervenierenden Streitkräften dritter Länder potenziell relevant, um deren Regierung die Aussichtslosigkeit des Krieges zu demonstrieren – aber nicht, weil solche die militärische Niederlage der Regierung einleiten würden. In diesem Sinne spielt militärische Macht eine flankierende, absichernde und wichtige taktische Rolle, wird aber kaum jemals eine strategische Entscheidung herbeiführen.

Konventionell ausgebildete Militärs und viele zivile Politiker neigen trotzdem dazu, sich auf eine konventionelle militärische Übermacht zu verlassen und diese für den wichtigsten Indikator des kriegerischen Erfolgs zu halten. Die Zahl getöteter Feinde wird so zu einem zentralen Maß des militärischen Fortschritts – unabhängig davon, ob durch sie die politische Unterstützung des Feindes in der Bevölkerung ansteigt. Der Charakter solcher Kriege wird dabei grundlegend verkannt. In den Worten des britischen Ex-Generals Rupert Smith: „Capturing the will of the people is a very clear and basic concept, yet one that is either misunderstood or ignored by political and military establishments around the world. The politician keeps applying force to attain a condition, assuming the military will both create and maintain it. And whilst for many years the military has understood the need to win the ‘hearts and minds’ of the local population, this is still seen as a supporting activity to the defeat of the insurgents rather than the overall objective, and it is often under-resourced and restricted to low-level acts to ameliorate local conditions and the lot of the people.“¹⁴

Schlussfolgerungen für die Beendigung von Kriegen

Die in diesem Beitrag behandelten Kriegstypen können prinzipiell wie konventionelle

¹⁴ Rupert Smith, *The Utility of Force – The Art of War in the Modern World*, London 2006, S. 277–278.

Kriege durch Verhandlungen und Kompromisse beendet werden – wenn auf allen relevanten Seiten der politische Wille dazu vorhanden ist. Dies impliziert, dass sich während des Krieges die Kosten-Nutzen-Einschätzungen im Unterschied zum Kriegsbeginn verändert haben müssen, was durch sehr unterschiedliche Faktoren bewirkt werden kann: Etwa durch Erschöpfung oder Kriegsmüdigkeit, die wachsende Einsicht in die Nichterreichbarkeit der ursprünglichen Kriegsziele, veränderte gesellschaftliche oder internationale Rahmenbedingungen, materielle Anreize oder die Vermeidung materieller Nachteile, einen Wechsel des Führungspersonals oder eine Neudefinition der eigenen Interessen. Dabei sind politisch-psychologische Faktoren als fördernd oder hemmend zu berücksichtigen, beispielsweise die emotionale Aufladung ethnischer oder ethno-religiöser Identitäten, Prestigedenken und Bedürfnisse der Gesichtswahrung, Traumatisierung aufgrund exzessiver Gewalt, und ähnliche, die in der Regel eng mit den zuvor erwähnten Faktoren verknüpft sind und in Mischformen auftreten.

Solche Lösungen durch Kompromiss und Verhandlungen sind allerdings nicht zu jedem Zeitpunkt möglich, sondern erst wenn der politische Wille dazu entstanden ist – und dieser kann nicht einfach vorausgesetzt oder unterstellt werden. Außerdem gelingen sie am ehesten bei einer möglichst geringen Zahl an Konfliktparteien, die darüber hinaus die reale Kontrolle über ihre bewaffneten Kräfte ausüben. Bei einer zunehmenden Zahl an Kriegsparteien vermindern sich die Chancen auf eine diplomatische Lösung – alle anderen Voraussetzungen gleichgesetzt – da die Wahrscheinlichkeit steigt, dass einige relevante Gruppen zu „Störenfrieden“ (*spoilern*) werden und sich einer politischen Lösung verweigern. Die Chance auf eine Verhandlungslösung sinkt ebenfalls, wenn politische Führer unfähig sind, wirksame Kontrolle über ihre Streitkräfte und Anhänger auszuüben. Dann mag zwar ein politischer Kompromiss zwischen den Führern möglich sein, wird aber innerhalb der verfeindeten Lager nicht akzeptiert werden.

Diese Erschwernis eines Friedensschlusses hängt offensichtlich damit zusammen, dass die oft heterogenen Bevölkerungen im Krieg nicht länger abseits stehen, nicht länger auch

bloße Opfer der Kriege sind, sondern selbst zu Subjekten und teils auch zu Tätern werden. Wenn aber unterschiedliche Teile einer Gesellschaft, teilweise Nachbarn, aneinander Massaker, Vergewaltigungen und Vertreibungen begehen, hinterlässt dies tiefere emotionale Wunden als die Gewalt zweier staatlicher Armeen gegeneinander. Damit stellt sich die schwierige Aufgabe, zumindest einen Teil des Friedensprozesses von der diplomatischen Ebene auch in die Gesellschaft hineinzuverlegen, wofür es bisher nur wenige und überwiegend unzureichende Erfahrungen gibt.

Eine Beendigung innergesellschaftlicher unkonventioneller Kriege durch den „Sieg“ einer Seite – das idealtypische Ende klassischer Kriege – trägt einen völlig anderen Charakter als bei primär militärischen Auseinandersetzungen. Er ist notwendigerweise graduell und oft zuerst kaum erkennbar: Da solche Kriege gerade nicht durch Entscheidungsschlachten gewonnen werden, sondern durch die Stärkung und Festigung staatlicher oder Governance-Strukturen und die mühsame Überzeugung der Bevölkerung davon, dass es sich um „ihren“ Staat handelt (bzw. durch die schrittweise Delegitimierung eines Staates und seine phasenweise Ersetzung durch eine Gegenstaatlichkeit der Aufständischen), lässt sich häufig erst in der Rückschau angeben, wann genau ein solcher „Sieg“ eintritt. Ein bloßes Nachlassen des Gewaltniveaus beispielsweise ist nicht sofort als Indiz für ein bevorstehendes Kriegsende zu betrachten, da das Gewaltniveau häufig schwankt oder zyklisch verläuft.

Der entscheidende Hebel zu einer dauerhaften Beendigung solcher Kriege – im Gegensatz zu einer möglicherweise auch mehrjährigen Kampfpause aus Erschöpfung – liegt in der Schaffung zugleich legitimer und grundlegend funktionsfähiger Governance-Strukturen, die in der Gesellschaft akzeptiert werden, diese zumindest stärker integrieren als frühere Modelle, ein grundlegendes Rechts- und Sicherheitswesen bereitstellen und Hoffnung auf eine bessere Zukunft machen. Solche Governance-Strukturen dürfen allerdings nicht nur symbolisch – etwa auf die Hauptstadt beschränkt – bleiben, sondern müssen bürgernah möglichst im ganzen Land verankert sein und persönliche und Rechtssicherheit zum Kern haben. Staatliche

oder parastaatliche Strukturen, die Willkür, „Ungerechtigkeit“ oder Fremdherrschaft verkörpern, können ihr Ziel der Stabilisierung und Beendigung von Gewaltkonflikten nicht erreichen, sondern erscheinen als illegitim und sind in der Regel konfliktfördernd. Die Verlässlichkeit und Fairness dieser Institutionen sind in erster Linie von Bedeutung, in zweiter ihre Wirksamkeit und Effizienz, erst danach folgen Partizipationsmöglichkeiten oder demokratische Elemente. In einem solchen Rahmen von Governance kann auch die Schaffung sozialer Infrastruktur (etwa Schulen, Krankenhäuser, etc.) einen Beitrag leisten, während sie ohne diese Voraussetzung keine nachhaltige Wirkung erreicht.

Inneregesellschaftliche Kriege werden also insgesamt durch eine Reintegration fragmentierter gesellschaftlicher Strukturen zu erreichen sein, die ihrerseits bestimmte Formen von staatlicher oder substaatlicher Governance voraussetzt. Erst auf dieser Basis gewinnt die Anwendung militärischer Gewalt in Kontexten von Aufstandskriegen oder *failed states* eine mögliche Relevanz zur Kriegsbeendigung, sonst wird sie den Krieg eher in die Länge ziehen und die Opferzahl erhöhen. Deshalb sollte nicht vergessen werden, dass sowohl militärisch gestützte „Sicherheit“ als auch Entwicklungspolitik dieses Ziel nicht aus sich selbst erreichen können, sondern nur, wenn sie beide in den Dienst der Schaffung eines Systems legitimer und wirksamer Governance-Strukturen gestellt werden.

Monika Heupel

Die Gewaltökonomien der „Neuen Kriege“

Die These von der Herausbildung sogenannter „Neuer Kriege“ hat in der Friedens- und Konfliktforschung eine starke

Monika Heupel

Dr. rer. pol., geb. 1975; wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Transnationale Konflikte und Internationale Institutionen am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Reichpietschufer 50, 10785 Berlin. heupel@wzb.eu

Kontroverse ausgelöst. Viele der Charakteristika, die Mary Kaldor,¹ Herfried Münkler² und andere Befürworter der These den „Neuen Kriegen“ zuschreiben, seien, so die Kritiker, nicht neu, sondern bereits für Kriege, die vor dem Ende des Ost-West-Konflikts ausgetragen wurden, typisch gewesen. Die These sei demnach nicht nur empirisch falsch, sondern – so eine zugespitzte Schlussfolgerung – diene darüber hinaus der Rechtfertigung militärischer Interventionen. Quantitative Studien konnten die Frage nach der Plausibilität der These von den „Neuen Kriegen“ bislang nicht beantworten: Einige Studien stützen einzelne Behauptungen, andere stellen wiederum andere Thesen in Frage. Dass sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts die Finanzierung bewaffneter Konflikte gewandelt hat und sich mithin, wie von den Befürwortern der These behauptet, neuartige Gewaltökonomien herausgebildet haben, wird jedoch auch von Kritikern in der Regel anerkannt. Dass dies Implikationen für die Dynamiken gewaltsamer Konflikte und die Erfolgsbedingungen nachhaltiger Kriegsbeendigung hat, wird ebenfalls nicht in Abrede gestellt.

In den vergangenen Jahren haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Politikberaterinnen und Politikberater – zum Teil in Auseinandersetzung mit der These von den „Neuen Kriegen“, zum Teil unabhängig davon – die Funktionsweise von Gewaltöko-

nomien untersucht und Gegenstrategien identifiziert und evaluiert. Im Mittelpunkt standen dabei Gewaltökonomien, die sich aus dem Handel mit natürlichen Ressourcen speisen. Prominente Beispiele sind der Diamantenschmuggel, ohne den die Kriege in Angola und Sierra Leone in den 1990er Jahren kaum hätten (weiter)geführt werden können, und der Drogenschmuggel, der bewaffneten Gruppen in Kolumbien und Afghanistan hohe Einnahmen einbringt. Der vorliegende Artikel konzentriert sich ebenfalls auf Gewaltökonomien, die auf dem Handel mit natürlichen Ressourcen basieren. Nach einer einführenden Begriffsklärung (1) folgt ein Abschnitt zu den Bedingungen und Implikationen (2); im dritten Teil werden Instrumente zur Schwächung von Gewaltökonomien vorgestellt und bewertet (3).

Begriffsklärung

Der Begriff Gewaltökonomie wird in der Literatur nicht einheitlich verwendet. Einem engen Verständnis folgend bezeichnet der Begriff schlicht die Art und Weise, wie Staaten und nichtstaatliche Akteure gewaltsame Konflikte finanzieren.³ Ein breites Verständnis hingegen begreift Gewalt- bzw. Kriegsökonomien als einen „soziale(n) Raum, in dem die Verteilung und Aneignung von Ressourcen gewaltgesteuert verläuft“.⁴ Damit rücken die Transformationsprozesse, die Gewaltökonomien in Gesellschaften auslösen, mit in den Blick.

Befürworter der These von den „Neuen Kriegen“ unterscheiden Gewaltökonomien,

¹ Vgl. Mary Kaldor, *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt/M. 2000.

² Vgl. Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Reinbek 2002.

³ Siehe u. a. Monika Heupel/Bernhard Zangl, *On the Transformation of Warfare – A Plausibility Probe of the New War Thesis*, in: *Journal of International Relations and Development* (i. E.).

⁴ Klaus Schlichte, *Gewinner und Verlierer: Zu den Folgen von Bürgerkriegsökonomien*, in: *medico international* (Hrsg.), *Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege: Ungeheuer ist nur das Normale*, Medico-Report 24, Frankfurt/M. 2002, S. 8–27, hier S. 8.; ähnlich Georg Elwert, *Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt*, in: Trutz von Trotha (Hrsg.), *Soziologie der Gewalt*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37*, Opladen 1997, S. 86–101.

die sich im Kontext der Kriege nach 1990 herausgebildet haben, von Gewaltökonomien, die für frühere Kriege – vor allem die des Ost-West-Konflikts – kennzeichnend waren. Demnach haben sich die Konfliktparteien der sogenannten Stellvertreterkriege abhängig von ihrer (vorgegebenen) ideologischen Ausrichtung insbesondere über Zuwendungen von Groß- und Supermächten finanziert. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, als die Zuwendungen ausblieben oder zumindest zurückgingen, bauten vor allem nichtstaatliche bewaffnete Gruppen Gewaltökonomien auf, um sich unabhängig von der Gunst mächtiger Staaten versorgen zu können.¹⁵ In Angola und Kambodscha etwa kompensierten die UNITA¹⁶ bzw. die Khmer Rouge das Ende der externen Zuwendungen mit der Vergabe von Konzessionen zur Diamantenförderung bzw. Abholzung von Wäldern. In Somalia und im südlichen Sudan plünderten bewaffnete Gruppen Hilfslieferungen für die Not leidende Bevölkerung. In Kolumbien organisierten linksgerichtete Guerillas und paramilitärische Gruppen Entführungen, erpressten Schutzgelder von Ölunternehmen und kontrollierten den Kokaanbau und -handel. Und in Afghanistan verdienten die Taliban am Opium- und Heroinschmuggel und an der Besteuerung des Warenverkehrs zwischen Afghanistan und Pakistan.

Ressourcenbasierte Gewaltökonomien zeichnen sich durch transnationale Netzwerkstrukturen und eine Verbindung zur sogenannten Schattenglobalisierung aus.¹⁷ So sind es in der Regel ausländische Unternehmen, die von Konfliktparteien Konzessionen zur Ausbeutung von Ressourcenvorkommen erwerben. Die Khmer Rouge etwa haben mit thailändischen Unternehmen kooperiert, die gegen die Entrichtung einer Gebühr Bäume in ihren Gebieten fällen durften. Auch der Absatz der Ressourcen erfolgt typischerweise über ausländische Unternehmen. In Angola kaufte zum Beispiel das südafrikanische Unternehmen De Beers Diamanten der UNITA auf, um sie auf der internationalen Börse in

Antwerpen weiterzuverkaufen. Auch Waffenzulieferungen werden für gewöhnlich über private Akteure organisiert. In einigen Fällen wie etwa in Liberia lieferten Unternehmen, denen Konzessionen für den Abbau von Ressourcen übertragen wurden, selbst Waffen und anderes Kriegsgerät. In anderen Fällen bezahlten Konfliktparteien mit den Einnahmen, die ihnen aus dem Handel mit natürlichen Ressourcen zukamen, Zwischenhändler, die Waffen und Kriegsgerät vornehmlich aus Osteuropa lieferten.

Bedingungen und Implikationen

Die Beobachtung, dass seit dem Ende des Ost-West-Konflikts Kriege vermehrt über den Schmuggel natürlicher Ressourcen finanziert werden, hat Forschungen zu den Bedingungen und Implikationen solcher Gewaltökonomien angestoßen. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem Ressourcenreichtum eines Landes und dem *Ausbruch* eines gewaltsamen Konflikts zuteil. Die Befunde sind bislang nicht eindeutig. Paul Collier und Anke Hoeffler gehen davon aus, dass das Risiko, dass in einem Land ein gewaltsamer Konflikt ausbricht, nicht zwangsläufig mit dessen Ressourcenreichtum steigt. Vielmehr sei das Risiko dann am größten, wenn der Export von Primärgütern etwa ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts ausmacht.¹⁸

Andere Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass Staaten, die von der Ausbeutung natürlicher Ressourcen abhängig sind und in denen Konflikte um die Art und Weise der Ausbeutung und die Einkommensverteilung bestehen, einem überdurchschnittlich hohen Kriegsrisiko ausgesetzt sind. Dies erkläre sich dadurch, dass natürliche Ressourcen bewaffnete Konflikte nicht nur finanzieren sondern auch motivieren können und Ressourcenreichtum zudem häufig zur Herausbildung klientelistischer Herrschaftsstrukturen und somit zur Degenerierung politischer Systeme führt.¹⁹ Wieder andere Autoren betonen, dass unterschiedliche Ressourcen das Kriegsrisiko

¹⁵ Vgl. Francois Jean/Jean-Christophe Rufin (Hrsg.), *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg 1999.

¹⁶ União Nacional para a Independência Total de Angola.

¹⁷ Vgl. Michael Pugh/Neil Cooper (mit Jonathan Goodhand), *War Economies in a Regional Context: Challenges of Transformation*, Boulder/CO-London 2004.

¹⁸ Vgl. Paul Collier/Anke Hoeffler, *Greed and grievance in civil war*, *Oxford Economic Papers*, 56 (2004) 4, S. 563–595.

¹⁹ Vgl. Philippe Le Billon, *The political ecology of war: natural resources and armed conflicts*, in: *Political Geography*, 20 (2001) 5, S. 561–584.

in unterschiedlichem Maße beeinflussen. Demnach erhöhe lediglich Öl das Risiko, dass es in einem Land zu einem gewaltsamen Konflikt kommt, wobei dies insbesondere für separatistische Konflikte zu gelten scheint.¹⁰

Eine zweite Frage, mit der sich die Forschung auseinandersetzte, war, ob und wenn ja wie natürliche Ressourcen die *Dauer* gewaltsamer Konflikte beeinflussen. Demzufolge dauern bewaffnete Konflikte und Kriege, in denen sich nichtstaatliche Gewaltakteure über den Schmuggel natürlicher Ressourcen versorgen können, überdurchschnittlich lange.¹¹ Allerdings müsse auch hier nach dem Einfluss unterschiedlicher Ressourcen differenziert werden. Während Kriege in Ländern mit Edelsteinvorkommen und in Ländern, in denen Opium, Koka und Cannabis angebaut wird, überdurchschnittlich lange dauern, trifft dies für Kriege in Ländern mit Ölvorkommen nicht zu.¹²

In der Literatur werden vor allem zwei Mechanismen genannt, um den Einfluss natürlicher Ressourcen auf die Konfliktdauer zu erklären. Zum einen sei es für Konfliktparteien schlicht einfacher, Kriege am Laufen zu halten, wenn sie Zugriff auf Ressourcen haben. Und zum anderen verändere der Zugriff auf Ressourcen vielfach auch die Motive der Konfliktparteien. Demnach neigen bewaffnete Gruppen – wie beispielsweise die Kriege in der Demokratischen Republik Kongo in den 1990er Jahren gezeigt haben – mit der fortschreitenden Dauer eines Konflikts in stärkerem Maße dazu, Einkünfte aus dem Handel mit natürlichen Ressourcen zu privatisieren. Um überhaupt Einkünfte zu erzielen, seien bewaffnete Gruppen in der Regel auf das Fortdauern des gewaltsamen Konflikts angewiesen. Die Motivation, den Konflikt beizulegen, sinke entsprechend.

Schließlich wurde untersucht, welche Folgen Gewaltökonomien für die *dauerhafte Beendigung* gewaltsamer Konflikte haben. Empirische Studien haben dabei gezeigt, dass

Gewaltökonomien nach Kriegsende häufig fortbestehen und die Konsolidierung fragiler Friedensprozesse erschweren. Tatsächlich scheiterten in den 1990er Jahren mehrere Versuche der Vereinten Nationen (VN) die Implementierung von Friedensverträgen abzustützen, insbesondere deshalb, weil unzufriedene Konfliktparteien weiterhin Einkünfte aus dem Handel mit natürlichen Ressourcen erzielen konnten. In Angola und Sierra Leone beispielsweise scheiterten entsprechende Versuche auch deshalb, weil die UNITA und die RUF¹³ nach wie vor hohe Einkünfte aus dem Diamantenschmuggel generieren und so ihren bewaffneten Widerstand fortsetzen konnten. In Kambodscha konnten die Khmer Rouge vor allem deshalb über mehrere Jahre die Implementierung eines umfassenden Friedensvertrags blockieren, weil sie beträchtliche Einkünfte aus dem Handel mit Edelsteinen und Hölzern für den Unterhalt ihrer Kampfverbände verwenden konnten. In Mosambik und in Zentralamerika, wo Widerstandsbewegungen den Verlust der Zuwendungen von Groß- und Supermächten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht ausgleichen konnten, waren die Voraussetzungen für erfolgreiches Peacebuilding hingegen günstiger.¹⁴

Instrumente zur Schwächung von Gewaltökonomien

Gerade die großen Schwierigkeiten der VN, gewaltsame Konflikte, die über den Handel mit natürlichen Ressourcen finanziert werden, dauerhaft zu beenden, haben ein Bewusstsein für den Bedarf an effektiven Instrumenten zur Schwächung der für die „Neuen Kriege“ typischen Gewaltökonomien geschaffen. Doch welche Instrumente stehen Staaten, internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NRO) und privaten Unternehmen zur Verfügung und wie effektiv sind sie? Grob lassen sich zwei Typen unterscheiden: Auf der einen Seite kurzfristig orientierte Instrumente, die das Ende gewaltsamer Konflikte herbeiführen

¹³ Revolutionary United Front.

¹⁴ Vgl. Monika Heupel, *Friedenskonsolidierung im Zeitalter der „neuen Kriege“: Der Wandel der Gewaltökonomien als Herausforderung*, Wiesbaden 2005; Achim Wennmann, *Resourcing the Recurrence of Intra-state Conflict: Parallel Economies and Their Implications for Peacebuilding*, in: *Security Dialogue*, 36 (2005) 4, S. 479–494.

¹⁰ Vgl. Michael Ross, *What Do We Know About Natural Resources and Civil War?*, in: *Journal of Peace Research*, 41 (2004) 3, S. 337–356.

¹¹ Vgl. James D. Fearon, *Why do Some Civil Wars last so much longer than others?*, in: ebd., S. 275–301.

¹² Vgl. M. Ross (Anm. 10).

und Friedensprozesse in der Anfangsphase stabilisieren sollen. Auf der anderen Seite langfristig orientierte Instrumente, die Strukturen schaffen sollen, welche die Entstehung von Gewaltökonomien verhindern und die Transformation von Kriegs- in Friedensökonomien erleichtern können.

Ein häufig angewandtes Instrument des ersten Typs sind *militärische Interventionen*, um bewaffnete Gruppen aus Ressourcengebieten zu verdrängen. Bei solchen Interventionen sind ganz unterschiedliche Akteure zum Einsatz gekommen. In Kambodscha entsandte die Regierung reguläre Soldaten, um die Waldgebiete entlang der Grenze zu Thailand zurückzuerobern. In Angola beauftragte die Regierung ein privates Sicherheitsunternehmen, die UNITA aus den Diamantengebieten zu vertreiben. In Sierra Leone bemühten sich Peacekeeper der VN, ihre Präsenz in die Diamantengebiete auszudehnen. Und in Liberia wurde Charles Taylors Regime entscheidend geschwächt, als von Guinea und der Elfenbeinküste unterstützte Milizen lukrative Waldgebiete unter ihre Kontrolle brachten. Militärische Interventionen haben sich als durchaus effektive Strategie zur kurzfristigen Schwächung von Gewaltökonomien erwiesen.¹⁵ In der Tat haben sie in mehreren Fällen die Gewaltökonomien bewaffneter Gruppen deutlich schwächen können und Druck auf bewaffnete Gruppen ausgeübt, Kriegshandlungen einzustellen.¹⁶ Zugleich sind militärische Interventionen aber kein Garant für dauerhaften Frieden: Einer Studie von Philippe Le Billon und Eric Nicholls zu Folge herrscht nur in der Hälfte der Fälle, in denen eine militärische Intervention zur Schwächung einer Gewaltökonomie durchgeführt wurde, fünf Jahr nach der Intervention noch immer Frieden.¹⁷

Ein zweites Instrument ist die *Kooptierung* bewaffneter Gruppen: Bewaffneten Gruppen wird zugestanden, weiterhin Einkünfte aus dem Handel mit natürlichen Ressourcen zu erzielen, wenn sie die Kriegshandlungen einstellen und sich dazu verpflichten, die Ein-

künfte nicht für die Ausrüstung von Kampfverbänden zu verwenden. Alternativ wird einzelnen Kommandeuren erlaubt, weiterhin Ressourcen auszubeuten und zu veräußern, wenn sie den bewaffneten Widerstand aufgeben und sich mit ihren Einheiten von der Führung abspalten.¹⁸ Auch dieses Instrument kann kurzfristig Erfolge aufweisen. So ist es zum Beispiel der kambodschanischen Regierung gelungen, die Khmer Rouge zu spalten, indem sie einzelnen Kommandeuren zusicherte, weiterhin den Holzhandel in ihren Gebieten kontrollieren zu dürfen, wenn sie sich von der Führung um Pol Pot lossagten und den bewaffneten Kampf gegen die Regierung einstellten. Allerdings ist die Kooptierung bewaffneter Gruppen nicht nur moralisch fragwürdig – Akteure, die Gewalt anwenden, werden belohnt – sondern birgt auch erhebliche Risiken: Zum einen können entsprechende Zugeständnisse Nachahmer auf den Plan rufen, die sich ebenfalls Rechte auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen sichern wollen. Und zum anderen ist es kaum möglich, ein von der Bevölkerung akzeptiertes System der nachhaltigen Ressourcennutzung aufzubauen, wenn ehemaligen Konfliktparteien Partikularrechte übertragen werden.¹⁹

Ein Instrument, das in den vergangenen Jahren große Aufmerksamkeit erfahren hat, sind *multilaterale Sanktionen*, die den Handel mit natürlichen Ressourcen aus Konfliktgebieten unterbinden oder zumindest einschränken sollen. Der Sicherheitsrat der VN hat seit den späten 1990er Jahren vermehrt den Handel mit natürlichen Ressourcen untersagt, dessen Erlös von nichtstaatlichen aber auch staatlichen Akteuren für die Finanzierung gewaltsamer Auseinandersetzungen verwendet wird.²⁰ Bereits Anfang der 1990er Jahre unterstützte er ein Moratorium für den Export von Baumstämmen, das die kambodschanische Übergangsverwaltung erlassen hatte, um die Khmer Rouge zu schwächen.²¹ In der Folge erließ er Embargos gegen Dia-

¹⁵ Vgl. Philippe Le Billon/Eric Nicholls, *Ending 'Resource Wars': Revenue Sharing, Economic Sanction or Military Intervention?*, in: *International Peacekeeping*, 14 (2007) 5, S. 613–632.

¹⁶ Vgl. M. Heupel (Anm. 14).

¹⁷ Vgl. P. Le Billon/E. Nicholls (Anm. 15).

¹⁸ Vgl. ebd.; M. Heupel (Anm. 14).

¹⁹ Vgl. Karen Ballentine/Heiko Nitzschke: *Die Politische Ökonomie von Bürgerkriegen: Welche Lehren für die Politik?*, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, 44 (2003) 12, S. 452–455.

²⁰ Vgl. David Cortright/George A. Lopez, *Sanctions and the Search for Security. Challenges to UN Action*, Boulder/CO 2002.

²¹ Vgl. VN-Sicherheitsratsresolution 792 (1992).

manten aus Angola¹²² und Sierra Leone¹²³, die nicht mit einem Herkunftszertifikat der jeweiligen Regierung ausgestattet waren, sowie gegen Diamanten aus der Elfenbeinküste¹²⁴, um die Gewaltökonomie der UNITA, der RUF und der Forces Nouvelles zu schwächen. Zudem verhängte der Sicherheitsrat ein Embargo gegen Diamanten und Holz aus Liberia, um den liberianischen Präsidenten Charles Taylor dazu zu veranlassen, nicht länger als Zwischenhändler für Diamanten der RUF zu fungieren.¹²⁵ Schließlich untersagte der Sicherheitsrat den Import von Essigsäureanhydrid, das für die Weiterverarbeitung von Opium in Heroin benötigt wird, nach Afghanistan, um Druck auf die Taliban auszuüben.¹²⁶

Die Wirksamkeit der Rohstoff-Sanktionen der VN ist bislang durchwachsen. Gleichwohl hat sich gezeigt, dass Sanktionen vor allem dann einen Beitrag zur Lösung von Konflikten leisten können, wenn ihre Implementierung überwacht wird.¹²⁷ So konnten zum Beispiel in Angola die Sanktionen gegen un zertifizierte Diamanten dann Wirksamkeit entfalten, als sich das entsprechende VN-Komitee aktiv um ihre Durchsetzung bemühte und Staaten und Individuen, welche sie verletzten, öffentlich beim Namen nannte.¹²⁸ Auch Sanktionen sind in erster Linie ein kurzfristig orientiertes Instrument, welches das Ende eines gewaltsamen Konflikts herbeiführen soll. Allerdings deutet etwa die Entwicklung des Friedensprozesses in Liberia darauf hin, dass sie durchaus auch einen Beitrag zur Konsolidierung fragiler Friedensprozesse leisten können. Dort nämlich knüpfte der Sicherheitsrat die Aufhebung des Exportverbots für Holz nach Kriegsende an die Bedingung, dass die neue Regierung Regeln und Verfahren einrichtet, die eine gerechte und

nachhaltige Nutzung der Waldbestände ermöglichen.

Transnationale Zertifizierungsregime für den Handel mit natürlichen Ressourcen sind hingegen explizit auf Dauer angelegte Regelsysteme. Das fortgeschrittenste Regime dieser Art ist das 2003 in Kraft getretene *Kimberley Process Certification Scheme*, das den Handel mit sogenannten Konfliktdiamanten unterbinden soll und von zahlreichen Staaten, NRO und privaten Unternehmen unterstützt wird. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, nur Diamanten zu ex- und importieren, die mit Herkunftszertifikaten nationaler Zertifizierungssysteme ausgestattet sind, die wiederum vereinbarten Mindeststandards entsprechen. Der *Kimberley Process* hat zweifellos großes Potential, konnte bislang jedoch kaum Erfolge verzeichnen, da die Standards oft nicht durchgesetzt und Verstöße nur in Ausnahmefällen bestraft werden.¹²⁹ Ein vergleichbares Zertifizierungsregime für den Handel mit Holz existiert bislang nicht. Allerdings gibt es gemeinnützige private Organisationen wie zum Beispiel den *Forest Stewardship Council*, der Prinzipien für nachhaltige Waldbewirtschaftung erarbeitet hat, nationale, subnationale und regionale Standards akkreditiert und andere Zertifizierungsagenturen überwacht. Die bisher zertifizierten Wälder befinden sich jedoch vor allem auf der weniger konfliktanfälligen Nordhalbkugel.¹³⁰

Ein weiteres langfristig orientiertes Instrument sind nationale Regelsysteme, die eine *gerechte und nachhaltige Ressourcennutzung* garantieren. Damit sind Regeln und Verfahren gemeint, welche die breite Bevölkerung angemessen an den Einkünften aus der Nutzung natürlicher Ressourcen beteiligen und Raubbau an der Natur zugunsten kurzfristiger Profite verhindern. Hintergrund ist die Überlegung, dass die Motivation, sich gewaltsam Zugriff zu Ressourcen zu verschaffen,

¹²² Vgl. VN-Sicherheitsratsresolution 1173 (1998).

¹²³ Vgl. VN-Sicherheitsratsresolution 1306 (2000).

¹²⁴ Vgl. VN-Sicherheitsratsresolution 1643 (2005).

¹²⁵ Vgl. VN-Sicherheitsratsresolutionen 1343 (2001) und 1478 (2003).

¹²⁶ Vgl. VN-Sicherheitsratsresolution 1333 (2000).

¹²⁷ Vgl. Daniel Strandow, *Sanctions and Civil War: Targeted Measures for Conflict Resolution*, Uppsala University, Department of Peace and Conflict Research 2006, S. 27, in: www.smartsanctions.se/literature/strandow_content060926.pdf (2. 9. 2009).

¹²⁸ Vgl. David J.R. Angell, *The Angola Sanctions Committee*, in: David M. Malone (Hrsg.), *The UN Security Council: From the Cold War to the 21st Century*, Boulder/CO-London 2004, S. 195–204.

¹²⁹ Vgl. Partnership Africa Canada/Global Witness, *Loupe Holes: Illicit Diamonds in the Kimberley Process*, Report vom 28. 10. 2008, in: www.globalwitness.org/media_library_detail.php/674/en/loupe_hole_s_illicit_diamonds_in_the_kimberley_proc (2. 9. 2009).

¹³⁰ Vgl. Antonina Ivanova, *Linking Sustainability and Security: The Case of Timber Certification*, University of Bradford, Department of Peace Studies, Working Paper, (2007) 10, in: www.brad.ac.uk/acad/peace/publications/papers/psp10.pdf (2. 9. 2009).

sinken sollte, wenn es auch auf legalem Weg möglich ist, an der Ausbeutung natürlicher Ressourcen zu verdienen. Auch wenn sich mittlerweile viele Regierungen rhetorisch verpflichtet haben, solche Regelsysteme aufzubauen, hapert es durchweg an der Umsetzung. In Kambodscha etwa kam die Regierung ihren Zusagen gegenüber internationalen Gebern nicht nach, den illegalen Holzhandel zu unterbinden und die Vergabe neuer Konzessionen auszusetzen;³¹ heute schöpfen in erster Linie Regierungsmitglieder und deren Angehörige Gewinne aus dem Holzhandel ab. In Liberia stellt das System zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Waldbestände, das die Regierung vor drei Jahren auf Druck der VN eingerichtet hat, zweifellos eine Verbesserung dar. Gleichwohl ist auch hier die Bevölkerung noch immer nicht in ausreichendem Maße am Management der Wälder und den Einkünften aus dem Holzhandel beteiligt.³²

Um Gewaltökonomien zu schwächen, die auf dem Handel mit Drogen basieren, stellen transnationale Zertifizierungsregime und Regelsysteme, die eine nachhaltige und gerechte Ausbeutung der Ressourcen eines Landes garantieren sollen, offensichtlich keine geeigneten Instrumente dar. Vielmehr richten sich – wie zum Beispiel in Afghanistan – zahlreiche Bemühungen darauf, *alternative Erwerbsmöglichkeiten* für die ländliche Bevölkerung zu schaffen, die für ihren Lebensunterhalt auf den Drogenanbau angewiesen ist. Gerade der Fall Afghanistan führt jedoch auch vor Augen, dass dies äußerst schwierig ist.³³ Denn der Anbau von Drogen wirft mehr Geld ab als der Anbau anderer landwirtschaftlicher Produkte. Außerdem geraten Kleinbauern und -bäuerinnen, die Opium oder Koka anbauen, oft in starke Abhängigkeit von ihren Auftraggebern, so dass sie al-

ternative Angebote häufig nicht wahrnehmen können.

Schluss

Gewaltökonomien, die auf dem Handel mit natürlichen Ressourcen beruhen, stellen eine Herausforderung für die VN und andere Akteure dar, die Kriege beenden, Friedensprozesse stabilisieren und den Ausbruch gewaltsamer Konflikte verhindern wollen. In den 1990er Jahren wurden die Herausforderungen, die sich aus dem Entstehen neuartiger Gewaltökonomien ergeben, vielfach ignoriert – zum Teil mit verhängnisvollen Folgen. Erst nach und nach bildete sich ein Bewusstsein dafür heraus, dass effektive Gegenstrategien unerlässlich sind, um der Verstärkung gewaltsamer Konflikte entgegenzuwirken und in fragilen Staaten nachhaltige Friedensstrukturen aufbauen zu können.

In den vergangenen Jahren ist unser Wissen über die Entstehungsbedingungen und die Dynamiken von Gewaltökonomien, aber auch über Präventions- und Reaktionsmöglichkeiten kontinuierlich gewachsen. Trotzdem wissen wir noch immer zu wenig darüber, unter welchen Bedingungen welche Instrumente zur Schwächung von Gewaltökonomien wirken und wie verschiedene Instrumente sinnvoll miteinander kombiniert werden können. Außerdem steckt die Forschung zum Zusammenwirken der unterschiedlichen Charakteristika der „Neuen Kriege“ noch in den Kinderschuhen. Einige Forscherinnen und Forscher nehmen an, dass der Wandel der Gewaltökonomien andere Transformationsprozesse, die für den postulierten Formwandel des Krieges kennzeichnend sind, angestoßen hat.³⁴ Wie aber wirken diese Transformationsprozesse auf die Gewaltökonomien zurück und inwiefern müssen Instrumente zur Schwächung von Gewaltökonomien diese Wechselwirkungen berücksichtigen? An diesen Fragen sollte die Friedens- und Konfliktforschung ansetzen – nicht nur um theoretische, sondern vor allem auch um praxisrelevante Erkenntnisse zu gewinnen.

³¹ Vgl. Global Witness, *Deforestation without limits: How the Cambodia government failed to tackle the untouchables*, Report vom 1. 7. 2002, in: www.globalwitness.org/media_library_detail.php/84/en/deforestation_without_limits (3. 9. 2009).

³² Vgl. Ian Smillie/Alfred Brownell (eds.), *Land Grabbing and Land Reform: Diamonds, Rubber and Forests in the New Liberia*, Partnership Africa Canada/Association of Environmental Lawyers of Liberia, Occasional Paper, (2007) 17, in: www.pacweb.org/Documents/diamonds_KP/17_Liberia-Land-Grabbing-Reform_Jul2007.pdf (3. 9. 2009).

³³ Vgl. Vanda Felbab-Brown, *Afghanistan: When Counternarcotics Undermines Counterterrorism*, in: *The Washington Quarterly*, 28 (2005) 4, S. 55–72.

³⁴ z. B. M. Heupel/B. Zangl (Anm. 3).

Michael Brzoska

Bedingungen erfolgreicher Friedens- konsolidierung

Bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein war der klassische Krieg der Neuzeit ein Krieg zwischen Staaten, der

Michael Brzoska

Prof. Dr., geb. 1953;
Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Beim Schlump 83, 20144 Hamburg.
brzoska@ifsh.de

meist mit dem Sieg einer Seite endete. Diese setzte ihren Willen durch und der Konfliktgegenstand, meistens Territorium, kam unter ihre Kontrolle. In vielen Fällen dauerten die Konflikte dennoch fort und flammten als Kriege wieder auf. Viele „dauerhafte Rivalitäten“, etwa die zwischen England und Frankreich, kennzeichneten die internationale Politik. Generell versuchten Sieger und Besiegte jeder für sich, so rasch wie möglich die Kriegsfolgen zu beseitigen.

Ein wichtiger Einschnitt in diese Dynamik von Krieg und Frieden erfolgte nach dem von Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieg, dem verheerendsten Krieg aller Zeiten. Dies zeigte sich am deutlichsten in der Gestaltung der neu gegründeten Vereinten Nationen (VN). Diese sollten in der Lage sein, Konflikte zwischen Mitgliedstaaten beizulegen, notfalls auch durch den Einsatz von Gewalt gegen einen Friedensstörer. Vornehmste Aufgabe der Organisation ist es, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“ (Artikel 1,1 der Charta).

Für die wichtigsten Verliererstaaten, Deutschland und Japan, wurden darüber hinaus umfassende Programme für gesellschaftliche und politische Umorientierungen entworfen.¹ Sie wurden dafür unter die Kontrolle der vier Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion gestellt,

die erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der neuen politischen Ordnungen nahmen. Hierbei orientierten sie sich – die westlichen Länder wie die Sowjetunion – in den von ihnen kontrollierten Territorien an den eigenen politischen und gesellschaftlichen Systemen.

Schließlich wurde in Zentraleuropa der Versuch des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenwachsens gestartet, um die „dauerhaften Rivalitäten“ zu überwinden. Die Europäische Union wurde zu einem Modell für innerstaatliche Normen und internationale Strukturen, die dauerhaft Frieden schaffen können. Der Ende der 1940er Jahre aufziehende Ost-West-Konflikt verhinderte die Übertragung dieser Ansätze auf andere Regionen. Seit dem Ende des Kalten Krieges dominieren sie aber weltweit den Diskurs über die Friedenskonsolidierung.

Deutlich wird dies vor allem an einer seit Anfang der 1990er Jahre veröffentlichten Serie von Grundsatz-Dokumenten der VN und des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), dem „Club“ der wichtigsten Geber von Entwicklungshilfe. Im Vordergrund steht dabei die Überwindung von Bürgerkriegen, denn diese sind seit den 1970er Jahren weitaus häufiger geführt worden als zwischenstaatliche Kriege. An erster Stelle sind hier die „Agenda für den Frieden“ und das „Supplement zur Agenda für den Frieden“² zu nennen, in denen unter der Verantwortung des damaligen VN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali Elemente der Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung in einem umfassenden Konzept dargelegt sind. Der „Brahimi-Report“ von 2000³ und die Berichte einer hochrangigen Expertengruppe und des VN-Generalsekretärs Kofi Annan vor dem Millennium+5-Gipfel⁴ stellten darauf aufbauend

¹ Zu historischen Fällen der Friedenskonsolidierung vgl. James Dobbins et al., *Beginner's Guide to Nation-Building*, RAND Corporation, Santa Monica/CA 2007.

² United Nations (UN), Report of the Secretary-General, *An Agenda for Peace. Preventive diplomacy, peacemaking and peace-keeping*, A/47/277-S/24111 vom 17. 6. 1992; *Supplement for an Agenda for Peace*, A/50/60-S/1995/1 vom 3. 1. 1995.

³ Vgl. UN, Report of the Panel on United Nations Peace Operations, A/55/305-S/2000/809 vom 21. 8. 2000.

⁴ Vgl. UN, Report of the High-level Panel on Threats, Challenges and Change, *A more secure world: our*

Reformbedarf bei den VN selbst und bei ihrer Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten fest. Der Gipfel trug dem Rechnung, indem er die Schaffung einer neuen Institution, der „Peacebuilding-Kommission“, beschloss.¹⁵ Die OECD ihrerseits befasste sich vor allem mit den Besonderheiten von Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktregionen und Nachkriegssituationen sowie mit der Ausarbeitung von „best practice“ bei der Überwindung von Konflikten.¹⁶

Erfolge und Misserfolge der Friedenskonsolidierung

Parallel zur Ausweitung des Engagements der internationalen Gemeinschaft in der Krisenbewältigung hat die Zahl der Kriege und bewaffneten Konflikte zwischen 1995 und 2005 deutlich abgenommen, nach einigen Quellen fast um die Hälfte. Seitdem stagniert sie auf deutlich niedrigerem Niveau als vor 1995.¹⁷

Der Rückgang ist vor allem auf die Beendigung einer im Zeitvergleich großen Anzahl bewaffneter Konflikte zurückzuführen. *Tabelle 1* verdeutlicht dies durch den Vergleich der Zahl von Kriegsbeendigungen in der Zeit des Kalten Krieges mit der nach seinem Ende. Wurden zwischen 1950 und 1989 pro Jahr im Schnitt 6,4 Kriege beendet, waren es zwischen 1990 und 2005 jährlich 10,3.

Die Art, wie Kriege – die weit überwiegende Zahl sind wie erwähnt Bürgerkriege – enden, hat sich deutlich gewandelt. Während in der Zeit des Kalten Krieges die meisten mit dem Sieg einer Seite endeten, sind derartige Siegfrieden seitdem deutlich seltener gewor-

shared responsibility, A/59/565 vom 2. 12. 2004; ders., Report of the Secretary-General, In larger freedom: towards development, security and human rights for all, A/59/2005 vom 21. 3. 2005.

¹⁵ Vgl. UN, Peacebuilding Commission, in: www.un.org/peace/peacebuilding/ (9. 9. 2009).

¹⁶ Vgl. OECD DAC, Guidelines of Helping Prevent Violent Conflict, Paris 1998; OECD DAC, Training Materials on Conflict Prevention, Peacebuilding and Security System Reform, Paris 2007.

¹⁷ In diesem Beitrag werden vorrangig Angaben des Uppsala Conflict Data Project verwendet, siehe www.pcr.uu.se/database/index.php. Zahlen aus anderen Quellen, etwa der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg, weisen ähnliche Trends aus, siehe www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/index.htm (9. 9. 2009).

Tabelle 1: Kriegsbeendigungen und Rückfälle, 1950–2005

	1950–89		1990–2005	
	Anzahl	In %	Anzahl	In %
Siegfrieden	81		28	
Davon wieder im Krieg nach weniger als 5 Jahren	15	19	3	11
Friedensverträge	41		58	
Davon wieder im Krieg nach weniger als 5 Jahren	4	10	20	35
Andere Kriegsbeendigungen	69		79	
Davon wieder im Krieg nach weniger als 5 Jahren	23	33	46	58
Alle Kriegsbeendigungen	191		165	
Davon wieder im Krieg nach weniger als 5 Jahren	42	22	69	42

Bei den Zahlen der Rückfälle in Kriege sind Ereignisse nach 2005 nicht berücksichtigt.

Quelle: Human Security Center, Human Security Brief 2007, Vancouver 2007, S. 35.

den. Hingegen ist die Zahl der Kriege angestiegen, die durch Verhandlungen beendet wurden – von 41 in den Jahren zwischen 1950 und 1989 auf 58 von 1990 bis 2005. Sehr hoch ist auch die Zahl der Fälle, in denen es weder zum Sieg einer der Seiten noch zu einem Verhandlungsfrieden kam, sondern die organisierte Gewalt einfach endete oder zumindest so weit abnahm, dass ein Konflikt nicht mehr als Krieg¹⁸ gezählt wurde.

Verändert hat sich allerdings auch die Dauerhaftigkeit von „Frieden“, verstanden als Abwesenheit von Krieg. In *Tabelle 1* wird dies daran festgemacht, ob innerhalb von fünf Jahren auf demselben Territorium, auf dem ein Krieg stattgefunden hat, wieder ein solcher verzeichnet wird. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Krieg wieder aufflammt, ist nach 1989 deutlich gestiegen. Sie liegt für alle Kriegsbeendigungen nach den Daten der *Tabelle 1* bei deutlich über 40 Prozent. Diese Zahl liegt eher am unteren Ende der Schätzungen für das Scheitern von „Frieden“, die mittels anderer Kriterien und auf der Grund-

¹⁸ Kriterium für einen Krieg in der hier benutzten Definition (armed conflict) der Uppsala-Konfliktdatenbank sind mindestens 25 Gefallene (battlefield deaths) in einem Jahr.

lage anderer Datensätze angestellt worden sind.¹⁹

Hauptursachen für die gesunkene Erfolgsrate von Kriegsbeendigungen sind das deutlich häufigere Scheitern von Verhandlungsfrieden und das oftmalige Wiederaufflammen organisierter Gewalt in Fällen, in denen sie ohne den Sieg einer Seite oder Verhandlungen „verschwunden“ war.

„Neue Kriege“, Kriegsbeendigung und Nachkriegskonsolidierung

Wie lassen sich diese Veränderungen zwischen der Phase des Kalten Krieges und der Zeit danach erklären? Die Theorie der „Neuen Kriege“¹⁰ beschreibt wichtige Punkte: das Ende der Dominanz der großen Führungsmächte USA und Sowjetunion in ihren jeweiligen Blöcken, der leichtere Zugang zu Waffen, die Finanzierungsmöglichkeiten von Kriegen durch die Globalisierung und die gestiegene Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft, die es häufig nicht gestattet, dass es zu militärischen Entscheidungen kommt. Kriegsparteien gehen oft nicht in einer Niederlage unter, sondern bleiben militärische oder zumindest soziale oder politische Akteure. Offensichtlich ist es schwieriger geworden, „zu siegen“. Kriege dienen seltener der Entscheidung über Konflikte.

Darüber hinaus sind die Umstände der Nachkriegskonsolidierung selbst ein wichtiger Faktor, der die Wahrscheinlichkeit der Rückkehr des Krieges beeinflusst. Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in Nachkriegssituationen haben sich verschlechtert. Die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um Friedenskonsolidierung wurden intensiviert, waren aber nicht unbedingt erfolgreicher.

Bedingungsfaktoren der Nachkriegskonsolidierung

Die Anforderungen an erfolgreiche Nachkriegskonsolidierung sind komplexer gewor-

¹⁹ Vgl. u. a. Michael Doyle/Nicholas Sambanis, *Making War and Building Peace*. United Nations Peace Operations, Princeton 2006; Virginia Page Fortna, *Does Peacekeeping Work? Shaping Belligerents' Choices after Civil War*, Princeton 2008.

¹⁰ Vgl. u. a. Mary Kaldor, *New and old wars: organized violence in a global era*, London 2006²; Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Reinbek 2002.

den. Erforderlich sind umfassende Bemühungen, die hier grob unter vier Begriffen zusammengefasst sind: Sicherheit, Aufbau einer politischen Ordnung, psycho-soziale Transformation und wirtschaftliche Entwicklung.

Ein zentrales Problem der Nachkriegskonsolidierung besteht in der *Organisation von physischer Sicherheit*. Die früheren Kriegsparteien stehen sich häufig weiter misstrauisch gegenüber und haben wenig Anreize, ihre militärische Macht abzubauen. Es gibt in der Regel Waffen im Überfluss und die ehemaligen Kämpfer haben wenig anderes gelernt, als sich mit deren Gebrauch den Lebensunterhalt zu verdienen. Gewalt ist daher in vielen Nachkriegssituationen weit verbreitet, wenn auch nur selten in dem Maße wie beispielsweise in El Salvador, wo die Zahl der Gewaltopfer durch Kriminalität nach dem Friedensschluss von 1995 höher war als die der im Krieg Gefallenen.¹¹

In solchen Situationen fällt es den lokalen Akteuren schwer, gemeinsam Sicherheit zu organisieren. Physische Sicherheit ist unmittelbar mit Gewaltmacht verbunden – und deshalb ist ihre Organisation mit Machtfragen verbunden, die aber gerade am Ende von „Neuen Kriegen“ häufig in der Schwebe bleiben. Dann wird schnell der Ruf nach externen Akteuren laut, die Sicherheit gewährleisten können. Die starke Ausweitung des „peacekeeping“ nach dem Ende des Kalten Krieges ist einerseits ein Zeichen eines neuen politischen Konsenses in den VN, andererseits aber auch ein Reflex auf die gestiegene Nachfrage nach externen Sicherheitsdienstleistungen.

Blauhelme sind aber nur ein Element, mit dem auf die veränderten Bedingungen im Feld der Sicherheit reagiert wurde. Andere Komponenten sind Programme zur Demobilisierung von Soldaten und zur Kontrolle des Besitzes von Kleinwaffen sowie die Reform des Sicherheitssektors in Nachkriegsgesellschaften. Während des Kalten Krieges waren solche Programme die Ausnahme. Seit Ende der 1980er Jahre sind sie immer komplexer und umfangreicher geworden. Inzwischen sind umfassende Programme zur Schaffung von Sicherheit in Nachkriegsgesellschaften zum regulären Be-

¹¹ Vgl. Sabine Kurtenbach, *Why Is Liberal Peace-building So Difficult? Some Lessons from Central America*, GIGA-Working Papers No. 59, Hamburg 2007.

standteil fast jeder Friedenskonsolidierung geworden, meist finanziert und implementiert durch internationale Akteure.¹²

Ein weiteres grundlegendes Problem der Friedenskonsolidierung ist der *Aufbau einer politischen Ordnung*, die nach außen friedfertig ist und durch geeignete Institutionen der Konfliktlösung nach innen das Umschlagen von – in jeder Gesellschaft unvermeidlichen – Konflikten in organisierte Gewalt verhindert. Dies war auch schon nach dem Zweiten Weltkrieg im Falle Deutschlands und Japans eine Aufgabe. Sie ist besonders schwierig in Situationen, in denen Konflikte ungelöst sind. In den vergangenen Jahrzehnten waren viele Nachkriegssituationen vom Weiterschwelen der Konflikte geprägt – häufig in einer Gemengelage mit ethnischen, politischen oder wirtschaftlichen Elementen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges ist endgültig die moderne Demokratie, mit Wahlen und Verfassungen als Kernelementen, das dominante Modell politischer Ordnung geworden. In einer Art „Demokratisierungswelle“¹³ zwang die innergesellschaftliche Opposition vieler Staaten Ende der 1980er Jahre autoritäre Regime zum Rückzug. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass sich Demokratien nach außen zumindest gegenüber anderen Demokratien friedlich verhalten. Einen entsprechend hohen Stellenwert hat die internationale Gemeinschaft seither in Nachkriegssituationen der Durchführung von Wahlen und der Einführung von neuen Verfassungen eingeräumt. In einigen der frühen Friedensmissionen nach dem Ende des Kalten Krieges war dies – neben der Stationierung von Truppen – die einzige große Maßnahme, die sie zur Friedenskonsolidierung durchführte.

Die Schaffung von Legitimität durch Wahlen kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn auch die Verlierer den Wahlausgang anerkennen und die Konsequenzen akzeptieren. Wo sie das nicht tun, können kompetitive Wahlen konfliktverschärfend wirken, wie beispielsweise 1992 in Angola und 2000 in der Elfenbeinküste. In vielen Fällen sind Instrumente eingesetzt worden, um die Interessen von Minderheiten zu schützen. Dies reicht von

Quotenregelungen für Parlamentssitze bis hin zu Formen der partiellen Selbstverwaltung. Die Festlegung komplexer Strukturen der Machtverteilung in Friedensverträgen oder Verfassungen sind inzwischen in Nachkriegsgesellschaften zur Regel geworden. Derartige Maßnahmen sind zwar häufig geeignet, ein breites Spektrum von Konfliktparteien einzubinden und damit dem Wiederaufblühen von Gewalt entgegenzuwirken, sie beinhalten aber auch die Gefahr, politische und gesellschaftliche Konflikte zu zementieren und den Wandel zu erschweren. Ein Beispiel hierfür sind etwa der Vertrag von Dayton und die auf ihm aufbauende Verfassung Bosnien-Herzegowinas. Die Aufteilung der Macht unter zahlreichen Institutionen und verschiedenen Entitäten war zur Beendigung der Gewalt hilfreich, inzwischen ist sie jedoch zu einem Hindernis für die weitere Entwicklung des Staates geworden.

Das Beispiel Bosnien-Herzegowina weist auf ein anderes Problem beim Aufbau politischer Systeme hin. Diejenigen, die sich und andere nach dem Ende des Krieges am ehesten politisch organisieren können, sind die Konfliktparteien. Insbesondere eine rasche Durchführung von Wahlen prädestiniert deren Führer für die politischen Schlüsselpositionen. Gesellschaftliche Gruppen, die keine Konfliktparteien waren, sind hingegen in der Regel nach dem Ende von bewaffneten Auseinandersetzungen schlecht organisiert. In Bosnien-Herzegowina hat sich die internationale Gemeinschaft vorbehalten, Politikern, die extreme Positionen vertreten, nicht zu Wahlen zuzulassen oder sie ihrer Ämter zu entheben – was wiederum die Legitimität des politischen Systems schwächte.

Die Stärke der Konfliktparteien und die Schwäche alternativer Gruppierungen, insbesondere der Zivilgesellschaft, erschweren häufig auch Aussöhnung und Aufarbeitung der Kriegsvorgänge und die Entwicklung einer individuellen und gesellschaftlichen Grundlage für friedliche Konfliktbearbeitung. Die *psycho-soziale Transformation* ist von großer Bedeutung für dauerhafte Friedenskonsolidierung, gerade in vielfach gespaltenen Gesellschaften.¹⁴ In zahlreichen Nachkriegsländern sind Wahrheits- und Versöhnungskom-

¹² Vgl. OECD 2007 (Anm. 6).

¹³ Vgl. Samuel P. Huntington, *Democracy's Third Wave*, in: *Journal of Democracy*, 2 (1991) 2, S. 3–25.

¹⁴ Vgl. u. a. John Paul Lederach, *The Moral Imagination: The Art and Soul of Building Peace*, Oxford 2005.

missionen¹⁵ eingerichtet worden, aber oftmals erst auf starken Druck der internationalen Gemeinschaft hin. Die früheren Kriegsparteien haben selten Interesse an der Aufarbeitung der Vergangenheit und behindern sie eher, als dass sie sie fördern. Ein aktuelles Beispiel hierfür liefert Afghanistan, wo eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eher als Gefahr für das ohnehin schwache Staatsgefüge angesehen wird, denn als ein wichtiger Beitrag zur Friedenskonsolidierung.

In vielen ehemaligen Kriegsregionen haben Versöhnungsprozesse einen fundamentalen Beitrag zur Konsolidierung des Friedens geleistet. Besonders beeindruckende Beispiele liefern Namibia, Mosambik und Südafrika. Versöhnung unter ehemaligen Kriegsparteien ist in der Regel ein langwieriger Prozess, der anfällig für Rückfälle ist – etwa wenn politische Führer alte Ressentiments schüren, oder der Eindruck entsteht, Gruppen würden wirtschaftlich systematisch benachteiligt. Dann kann Versöhnung, wie etwa in Sri Lanka, trotz vielfältiger Bemühungen durch lokale und internationale Akteure misslingen.

Kriege schaden dem ökonomischen Fortschritt – weshalb zu erwarten wäre, dass nach dem Ende von bewaffneten Konflikten *wirtschaftliche Entwicklung* automatisch einsetzt. Das ist aber häufig nicht der Fall. Im Gegenteil – bewaffnete Konflikte können zur Perpetuierung wirtschaftlichen Niedergangs führen. Da Kriege in der Regel dazu führen, dass Investitionen abgezogen werden und die am besten Ausgebildeten das Land verlassen, herrschen oft schlechte Ausgangsbedingungen für wirtschaftlichen Aufschwung. Bleibt die politische Situation prekär, kehren Geld und Personen vielerorts nicht zurück. Ein Land kann so in eine „Konfliktfalle“¹⁶ geraten, in der sich Krieg und wirtschaftlicher Niedergang befördern. Die Schwierigkeiten für erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Nachkriegsländern werden durch die Globalisierung und das ihr zu Grunde liegende Regelsystem für offene Weltmärkte verstärkt. Während sich Nachkriegsgesellschaften früher von der globalen Konkur-

renz abschotten und binnenorientierte wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben konnten, ist dies gegenwärtig kaum noch möglich. Internationale Anbieter drängen auch in Nachkriegsländern auf die Märkte. Selbst wenn Regierungen nationale Hersteller bevorzugten, gerieten sie in Konflikt mit den Regeln des internationalen Wirtschaftssystems. Der Aufbau von weltmarktorientierten Industrien wiederum erfordert ein hohes Maß an politischer und gesellschaftlicher Stabilität, das Nachkriegsländer selten bieten können.

Das Konzept des „liberalen Friedens“

Für das in den 1990er Jahren dominante Paradigma der Friedenskonsolidierung ist der Begriff des „liberalen Friedens“ geprägt worden.¹⁷ Es ist in vielerlei Hinsicht an der europäischen Integration und der Nachkriegstransformation Deutschlands und Japans orientiert. Zentrale Elemente sind eine demokratische politische Ordnung, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der allgemeinen Menschenrechte, Marktwirtschaft und Integration in die Weltwirtschaft.

Auch im Konzept des „liberalen Friedens“ wird der Beseitigung der Ursachen von Konflikten, der Versöhnung ehemaliger Feinde und der Aufarbeitung der Vergangenheit große Bedeutung für die Stabilität und Intensität von Friedenskonsolidierung beigemessen, aber mit anderer Gewichtung. Zur vorrangigen Aufgabe der Friedenskonsolidierung wird die Transformation und Modernisierung der Gesellschaft – dauerhafter Frieden wird nur von einer umfassenden Umstrukturierung erwartet.

Die weitgehende Transformation von Nachkriegsgesellschaften in Richtung auf das Modell des liberalen Friedens setzt hohe Ansprüche. Gleichwohl erschien dies Anfang der 1990er Jahre nach dem Ende des Kommunismus und inmitten der „dritten“ Welle der Demokratisierung angemessen. Francis Fukuyama schrieb in einem viel beachteten Buch vom „Ende der Geschichte“ und meinte damit, dass es für die westliche liberale Demokratie keine politisch relevante Alternative

¹⁵ Vgl. u. a. Susanne Buckley-Zistel, *Transitional Justice als Weg zu Frieden und Sicherheit. Möglichkeiten und Grenzen*, SFB Governance Working Paper Series Nr. 15, Berlin 2008.

¹⁶ Vgl. Paul Collier et al., *The Conflict Trap*, Oxford 2004.

¹⁷ Vgl. Roland Paris, *Bringing the Leviathan back in: Classical versus contemporary conceptions of the liberal peace*, in: *International Studies Review*, 3 (2006) 8, S. 425–440.

mehr gäbe.¹⁸ Es wurde davon ausgegangen, dass auch in Nachkriegsstaaten ein starker gesellschaftlicher Sog in Richtung Demokratie, Menschenrechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit umfassende Veränderungen einsetzen würde. In der Übergangsphase sollte die internationale Gemeinschaft helfen, diesen durch Demokratisierungshilfe¹⁹, Förderung der Zivilgesellschaft und von Projekten zum Aufbau moderner Verwaltungen und Sicherheitsinstitutionen zu verstärken.

Rasch erwies sich aber, dass dieser vor allem auf die lokalen politischen Kräfte bauende Ansatz nicht die erwarteten Erfolge zeitigte, jedenfalls nicht auf dem hohen Niveau des „liberalen Friedens“. Ein Beispiel ist Kambodscha: Hier ist es zwar nach dem Ende der Kämpfe 1991 und dem Abzug der VN-Blauhelmruppen 1993 nicht wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen, aber dennoch gilt das Land als Problemfall der Friedenskonsolidierung. Die internationale Gemeinschaft reagierte mit der Ausweitung ihres Aktivitätenspektrums. Aus reinen Blauhelm- wurden immer komplexere Friedensmissionen. Dies hatte zur Folge, dass die Einsätze länger dauerten. Gemessen an Indikatoren des „liberalen Friedens“, wie Abwesenheit von Gewalt, wirtschaftliche Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit, waren sie jedoch nicht wesentlich erfolgreicher als weniger umfangreiche Missionen.

Mit der Krise der komplexen Einsätze trat ein Element des Modells des „liberalen Friedens“ in den Vordergrund, das in den 1990er Jahren weniger Bedeutung hatte: der Staatsaufbau. Neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden nunmehr zunehmend der Aufbau moderner Verwaltung, von Polizei, Justiz und Militär als zentrale Elemente der Friedenskonsolidierung angesehen. Das veränderte Vorgehen externer Akteure zeigt sich besonders in der Umwidmung des Konzeptes der Sicherheitssektorreform. Während Ende der 1990er Jahre die bessere Kontrolle von Militär und Polizei im Mittelpunkt stand, geht es gegenwärtig, wie etwa in Afghanistan, vor allem um die möglichst rasche Ausbildung

dieser Kräfte. Diese neueste Wendung innerhalb des liberalen Modells ist eine Reaktion auf die längeren Einsätze externer Akteure in Nachkriegsländern und die gestiegenen Kosten. Ein Gutteil der Verantwortung für erfolgreiche Friedenskonsolidierung, welche die internationale Gemeinschaft mit dem Konzept des „liberalen Friedens“ übernommen hatte, gibt sie an die lokalen Akteure zurück.

Dilemmata der Friedenskonsolidierung

Friedenskonsolidierung ist durch eine Reihe von Widersprüchen gekennzeichnet. Die daraus erwachsenen Dilemmata für die beteiligten Akteure sind historisch nicht neu, aber sie treten mit der qualitativen Veränderung der Art wie Kriege geführt und beendet werden, deutlicher hervor. Eines dieser Dilemmata betrifft das Anspruchsniveau des politischen und gesellschaftlichen Wandels nach dem Ende von Kriegen. Ein hoher Anspruch mag langfristig den Frieden besser sichern, kann aber kurzfristig den Frieden gefährden. Ein weiteres Problem: Frieden machen in der Regel Kriegaakteure. Aber ist deren starke Position mit erfolgreichen Friedensprozessen vereinbar? Ein anderes Dilemma betrifft das Verhältnis von externen zu lokalen Akteuren. Wie viel externe Beeinflussung vertragen Friedensprozesse, die doch von den Beteiligten getragen werden sollen?

Für einige Zeit war die Hoffnung verbreitet, die Dilemmata auf der Grundlage des Modells des „liberalen Friedens“ auflösen zu können. Diese Hoffnung hat sich in vielen Fällen als illusorisch erwiesen. Die Ansprüche werden zwar, etwa in der Rhetorik der Geberländer wie auch der *Peacebuilding Commission* aufrechterhalten, in der Praxis weichen sie aber einem, von Land zu Land unterschiedlichen Pragmatismus. Aushandlungsprozesse zwischen den Akteuren, lokalen wie externen, bestimmen zunehmend, welche Richtung Friedensprozesse nehmen.²⁰ Ob diese Herangehensweise erfolgreicher sein wird, als die Ansätze der Vergangenheit, wird sich zeigen müssen.

¹⁸ Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

¹⁹ Siehe zur Bilanz von Hilfe zu Demokratisierung Jörn Grävingholt/Julia Leininger/Oliver Schlumberger, *Demokratieförderung: Quo Vadis?*, in: APuZ, (2009) 8, S. 28–33.

²⁰ Siehe u. a. Roland Paris/Timothy D. Sisk (eds.), *The Dilemmas of Statebuilding. Confronting the contradictions of postwar peace operations*, London 2008.

Rita Schäfer

Kriegerische Männlichkeit

Bürgerkriege in Afrika stellen die internationale Staatengemeinschaft vor große Herausforderungen. Sehr häufig überlagern sich diverse transnationale, nationale und lokale

Rita Schäfer

Dr. rer. nat.; freiberufliche Ethnologin und Autorin der Bücher „Frauen und Kriege in Afrika“ (2008) und „Im Schatten der Apartheid“ (2008).
info@frauen-und-kriege-afrika.de

logiken und Gewaltlegitimationen der Milizionäre eingewoben sind. Von zentraler Wichtigkeit sind Maskulinitätskonzepte sowie Geschlechter- und Generationenkonflikte. Eine Auseinandersetzung mit diesen Kontexten bietet neue Perspektiven für die Kontroversen über „Neue Kriege“.

Forschungskontroversen

Nach einer anfänglichen Euphorie über das Konzept der „Neuen Kriege“ entwickelte sich alsbald eine wissenschaftliche Debatte über Begriffe und Modelle zu den Entstehungsbedingungen, Ursachen, Formen und Gewaltpraktiken in Kriegen. Obwohl die Kritiker ähnlich wie die Befürworter vorrangig Politikwissenschaftler sind, fordern sie, den Meinungsstreit nicht auf Kennzeichen wie Entstaatlichung, Privatisierung, Asymmetrie und Kommerzialisierung zu beschränken. Einige schlagen vor, sowohl die spezifische Kombination dieser Merkmale „Neuer Kriege“ als auch das gesamte Konzept zu hinterfragen. So soll der Fokus auf die Multidimensionalität von Kriegen und auf kriegerische Gewaltdynamiken ausgeweitet werden, wobei die Wechselwirkungen zwischen ökonomischen und politischen Faktoren sowie den damit verbundenen Handlungslogiken unterschiedlicher Gewaltakteure und Akteursgruppen zu erfassen seien.¹ Sowohl bei diesem Ansatz als auch bei den Überlegungen zur nachhaltigen Friedenskonsolidierung,

konstruktiven Konfliktbearbeitung und Konfliktprävention wird angemahnt, den Blick stärker auf die Vielschichtigkeit konkreter Kriegskontexte zu richten. Auf diese Weise sollen eurozentrische Grundannahmen und Vorurteile revidiert und das Verständnis für die spezifischen Konfliktkonstellationen sowie deren Dynamiken verbessert werden.

Diese Vorschläge motivieren dazu, Gesellschaften in Kriegen genauer zu untersuchen und nicht nur von einer anonymen Masse malträtierteter Kriegsoffer auszugehen, aus denen höchstens die Kindersoldaten hervorstechen. Diese werden häufig als homogene Gruppe und als passive Opfer skrupelloser Warlords dargestellt. Die Realität ist aber vielerorts weitaus komplexer und paradoxer, zumal es sich keineswegs nur um Kinder, sondern vor allem um Jugendliche handelt, die sowohl Gewaltopfer als auch Täter sind und von denen sich viele wegen ihrer Macht oder des Zwangs zu töten als Erwachsene verstehen.

Das betrifft auch zahllose Mädchen, die als Sex-Sklavinnen zwangsrekrutiert werden und sich an Folterungen und Morden beteiligen müssen. Die aktuelle Geschlechterforschung leistet wichtige Beiträge zur kontextspezifischen Analyse solcher Gegensätze, die Idealisierungen von Frauen als Friedensstifterinnen und Geschlechterstereotypen von Männern als Killern widersprechen.² Ausgehend von Geschlechterkonzepten, die Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern mit sozio-ökonomischen Unterschieden und Alter in Beziehung setzen, können die Kriegsbeteiligung Jugendlicher sowie die Hintergründe und Folgen in unterschiedlichen gesellschaftlichen und zeitlichen Kontexten erklärt werden.³ Besonders erhellend sind Studien, die Geschlechterhierarchien im umfassenden Sinn verstehen, indem sie Differenzen zwischen Frauen sowie zwischen Männern analysieren und daraus resultieren-

¹ Zur Debatte über „Neue Kriege“ siehe: Siegfried Frech/Peter Trummer (Hrsg.), *Neue Kriege. Akteure, Gewaltmärkte, Ökonomie*, Schwalbach 2005.

² Vgl. Tsjeara Bouta/Georg Frerks/Ian Bannon, *Gender, conflict and development*, Washington D.C. 2005.

³ Zur zentralen Rolle von Jugendlichen in anti-kolonialen Unabhängigkeitskriegen im südlichen Afrika und der Bedeutung von Geschlechterfragen siehe: Perriplus, 12 (2002); insbesondere: Barbara Müller, *Der falsche Zeitpunkt*, in: ebd., S. 35–59.

de Konflikte im Zusammenwirken mit Religion, Ethnizität oder Nationalismus untersuchen. Im Unterschied zur Mehrzahl politikwissenschaftlicher Ansätze argumentieren etliche Gender-Forschungen nicht nur gegenwartsbezogen, sondern ziehen auch zeitliche Längsschnitte. Gerade weil sie Gewaltmuster und -dynamiken über längere Zeiträume untersuchen, bieten sie wichtige Impulse für Planungen zur Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften und Konzeptionen innovativer Präventionsstrategien.¹⁴

Sierra Leone – Spielball von Warlords und Diamantenhändlern

Der Erkenntnisgewinn dieser Forschungsansätze soll hier am Beispiel Sierra Leones illustriert werden. Ein Grund für die Wahl dieses Landes ist der aktuelle Anlass, dass sich Charles Taylor, der frühere Warlord und Präsident Liberias, derzeit in Den Haag vor dem UN-Sondertribunal zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen in Sierra Leone verantworten muss. Taylor wird beschuldigt, den Bürgerkrieg in Sierra Leone (1991 bis 2002) von Liberia aus angezettelt zu haben. Die Anklageschrift wirft ihm vor, für eine Vielzahl schwerer Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu sein, darunter die Zwangsrekrutierung von Kindersoldatinnen und -soldaten. Taylor hatte gemeinsam mit einigen Verbündeten aus Sierra Leone Jugendliche für die neu gegründete Guerillaorganisation *Revolutionary United Front* (RUF) zwangsrekrutiert und militärisch ausgerüstet. Die RUF sollte die demoralisierte sierra leonische Armee außer Gefecht setzen und das Land destabilisieren. Auf diese Weise wollte sich Taylor Zugang zu den dortigen Diamantenminen verschaffen.

In den vergangenen Jahren wurde das Kriegsgeschehen in Sierra Leone vielfach von Wissenschaftlern untersucht – allerdings weniger wegen der Kindersoldaten, sondern vor allem um den politikwissenschaftlichen Erklärungswert des Modells der „Neuen Kriege“ zu prüfen. Schließlich tummelten sich in diesem von Staatszerfall, massiver Korrupti-

¹⁴ Vgl. Megan Bastick/Karin Grimm/Rahel Kunz, *Sexual violence in armed conflict. Global overviews and implications for the security sector*, Geneva 2007.

on, schamloser Ausbeutung der Diamantenminen, extremer Armut und sozialer Ungleichheit geprägten Land nicht nur kleinere und größere Warlords. Die Szene beherrschten auch zahlreiche Söldner international agierender Sicherheitsfirmen wie *Executive Outcomes* aus Südafrika oder *Sandline International* aus Großbritannien, multinationale Minenkonglomerate und ukrainische Waffen- und libanesische Diamantenhändler, die sowohl mit den Rebellen als auch mit der sierra leonischen Regierung gute Geschäfte machten – allen internationalen Sanktionen und Handelsembargos zum Trotz. Die internationale Öffentlichkeit wurde erst aufgeschreckt, als im November 2001 Berichte auftauchten, wonach neben den Milizen im Libanon auch Al-Qaida in den Diamanten- und Waffenhandel involviert war.¹⁵

Diese Speerspitzen global agierender krimineller Netzwerke waren in guter Gesellschaft mit ECOMOG-Truppen¹⁶ aus Nigeria, die ab 1997 gegen die regierungsfeindlichen RUF-Guerillas kämpften, jedoch selbst in kriminelle Machenschaften verwickelt waren. Auch die über 17 000 Mann starken Friedenstruppen, die im Rahmen der UNAMSIL-Friedensmission (*United Nations Mission in Sierra Leone*) Ende der 1990er Jahre für ein Ende der Gewalt sorgen sollten, gerieten zwischen die Fronten. So wurden Anfang Mai 2000 mehr als 200 sambische UNAMSIL-Soldaten von Kindersoldaten gefangen genommen.¹⁷ Für diesen Einsatz wurden bewußt afrikanische Truppen ausgewählt – nach dem Motto: Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme –, die jedoch schlecht ausgestattet und völlig unzureichend vorbereitet waren und wiederholt von schwer bewaffneten jugendlichen Guerillagruppen angegriffen wurden. Auch in diesem Fall galten die jungen Kombattanten nur als willige Vollstrecker von Warlord-Befehlen; nach ihren eigenen Kriegsmotiven fragte niemand.

¹⁵ Vgl. William Reno, *Political networks in a failing state. The roots and future of violent conflict in Sierra Leone*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 2 (2003), S. 44–66.

¹⁶ Economic Community of West African States Monitoring Group – eine von der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) aufgestellte multinationale Eingreiftruppe.

¹⁷ Vgl. UN-Missionen. In Afrika entschlossen auftreten. Interview mit Manfred Eisele, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, 41 (2000) 9, S. 254–255.

Die in diesem Konflikt zu Tage tretende Gewaltbereitschaft war verstörend und führte zu vorschnellen Urteilen über Afrika als immerwährendem Hort der Anarchie und Barbarei – Vorstellungen, die unter anderem auch die US-amerikanische Afrikapolitik im Vorfeld des Genozids in Ruanda beeinflussten.⁸ Hinter dieser „Maske der Anarchie“ verbarg sich aber eine ganz eigene Handlungslogik der jugendlichen Kämpfer, die auf kulturelle Symbolsysteme Bezug nahm und der massive Geschlechter- und Generationenkonflikte zu Grunde lagen.⁹ Diese Konflikte waren wiederum eng verwoben mit politischen Machtstrukturen und sozio-ökonomischen Entwicklungen.

Gescheiterte Demokratisierung

Während sich in vielen Teilen des afrikanischen Kontinents Anfang der 1990er Jahre Demokratisierungsbewegungen erfolgreich durchsetzten und die allgemeine Aufbruchstimmung insbesondere die Hoffnungen junger Menschen auf eine bessere Zukunft beflügelte, blieben den Jugendlichen in Sierra Leone grundlegende Veränderungen zu ihren Gunsten versagt.¹⁰ Polizei und Militär schlugen alle Proteste brutal nieder, die mehr Demokratie forderten und vor allem von jungen Männern getragen wurden. Seit der politischen Unabhängigkeit Sierra Leones 1961 hielten sich die jeweiligen Präsidenten vor allem durch Waffengewalt an der Macht; jeglicher Widerstand wie Studentenproteste gegen Patronage und Klientelismus wurde gewaltsam beendet. So bekamen junge Männer nur im massiven Einsatz von Sicherheitskräften zu spüren, dass es durchaus Relikte eines Staates gab.

Korrupte Regierungen trieben das rohstoffreiche Land in den ökonomischen Ruin und unternahmen nichts für den Aufbau oder Erhalt staatlicher Strukturen, die Infrastruktur sowie das Bildungs- und Gesundheitssys-

⁸ Vgl. Rosalind Shaw, Robert Kaplan and „Juju journalism“ in Sierra Leone’s rebel war, in: Birgit Meyer/Peter Pels (eds.), *Magic and modernity. Interfaces of revelation and concealment*, Stanford 2003, S. 81–100.

⁹ Zur Handlungsrationale der jugendlichen Kombattanten und zum Kriegsimperium von Charles Taylor siehe die Studie des Politikwissenschaftlers Stephen Ellis, *The mask of anarchy*, London 2007.

¹⁰ Vgl. Christoph Marx, *Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart*, Paderborn 2004.

tem verrotteten. Unter den Verhältnissen litten vor allem Kinder und Jugendliche; so war Sierra Leone über Jahre Spitzenreiter in den international vergleichenden Statistiken zu extremer Armut und zur Kinder- und Müttersterblichkeit. Gleichzeitig sorgten die Diamantengeschäfte für märchenhafte Gewinne, die allerdings am Staatshaushalt vorbei in die Taschen einiger weniger flossen.

Die Situation der ohnehin schon verarmten Landbevölkerung verschlechterte sich weiter, als die sierra leonische Regierung in den 1980er Jahren im Rahmen der vom internationalen Weltwährungsfond verhängten Strukturanpassungsmaßnahmen staatliche Dienstleistungen nahezu einstellte. Währenddessen brachen die Preise für Exportgüter wie Kaffee und Kakao auf dem Weltmarkt ein. Vor allem junge Menschen wurden jeglicher Zukunftsperspektiven beraubt. So war es für die RUF in den Anfangsjahren vergleichsweise einfach, junge Männer mit vagen Versprechungen auf ein besseres Leben zum Kampf gegen die korrupte Regierung zu mobilisieren.¹¹ Allerdings griffen die jungen Kombattanten nicht nur wegen Willkürherrschaft, Patronage und nicht-funktionierender staatlicher Institutionen zu den Waffen. Vielmehr förderten auch lokale Macht- und Ausbeutungsstrukturen ihre Kampfbereitschaft.

Macht alter Männer

In ländlichen Gebieten waren junge Männer in jeder Hinsicht von der Gunst alter und einflussreicher Familienoberhäupter abhängig. Dies betraf vor allem den Landzugang und die Eheschließungen. Beides waren Grundvoraussetzungen für die gesellschaftliche Anerkennung als vollwertiger erwachsener Mann. Oft mussten sich die Jungen jahrelang auf den Feldern wohlhabender Landbesitzer verdingen und alte Männer heirateten junge Mädchen, mit denen junge unverheiratete Männer bereits geheime Liebesbeziehungen aufgebaut hatten. Oft lautete die Strafe für solchen Ehebruch: Jahrelange Zwangsarbeit auf den Feldern der Alten oder das Verbot, überhaupt eine Ehe schließen zu dürfen.

Für Konflikte zwischen Männern unterschiedlichen Status’ und Alters sorgte auch

¹¹ Vgl. Paul Richards, *Fighting the rain forest. War, youth and resources in Sierra Leone*, Oxford 1996.

die Tatsache, dass alle männlichen Jugendlichen eine mehrmonatige Initiation durchlaufen mussten, die als weitere Voraussetzung für die Anerkennung als Erwachsene galt. Alle Initianten wurden beschnitten und als rangniedrige Mitglieder in Lokalgruppen des traditionellen Männerbundes Poro aufgenommen, der weit verbreitet und politisch sehr einflussreich war. So mutmaßte die politische Elite in der sierra leonischen Hauptstadt Freetown, dass einzelne Poro-Leiter in politische Morde verwickelt waren. Poro-Leiter galten als Herren über Leben und Tod und als Vermittler zwischen Menschen- und Geisterwelt. Diese Macht nutzten die Poro-Leiter zur Disziplinierung junger Männer bei Initiationen. Nur ranghohe Jungen wurden teilweise in das Herrschaftswissen alter Poro-Leiter über die Geister und die Naturkräfte eingeweiht; der Mehrheit der Initianten blieb diese Welt verborgen.

Eigentlich sollten die gemeinsam erlittenen Schmerzen alle Beschnittenen vereinen – so die Ideale des Bundes. Faktisch verstärkte aber die Mannwerdung durch die Initiation und das Spannungsverhältnis zwischen Zugehörigkeit und Exklusion sowie die Hierarchie auf der Basis von Geheimnis und Unwissenheit sowohl die Konflikte zwischen Alt und Jung als auch zwischen Jungen unterschiedlicher Herkunft. Diese Ungleichheiten zwischen Männern resultierten aus der Geschichte des Landes, denn in Sierra Leone wurde über Jahrhunderte das System der Hausklaverei praktiziert, das die gesellschaftliche Schichtung verfestigte. Die sozialen Disparitäten wurden durch den transatlantischen Sklavenhandel intensiviert, von dem einzelne ranghohe lokale Autoritäten profitierten.¹² Im Zuge der Abschaffung von Sklavenhandel und Sklaverei wollten britische Abolitionisten in Sierra Leone ein besonderes Zeichen setzen: Ab 1787 siedelten sie befreite Sklaven und Nachfahren freigelassener Sklaven aus Amerika, sogenannte Kreolen, in der eigens gegründeten Hafenstadt Freetown an. Deren Bevorzugung in Bildung, Wirtschaft und Politik sorgte immer wieder für Konflikte, die durch die Einsetzung neuer lokaler

¹² Zu den langfristigen traumatischen Folgen von Sklaverei und Sklavenhandel für die sierra leonische Gesellschaft siehe Rosalind Shaw, *Memories of the slave trade. Ritual and the historical imagination in Sierra Leone*, Chicago 2002.

Autoritäten im Rahmen der Kolonialherrschaft im Landesinneren verstärkt wurden. Vor allem Ende des 19. Jahrhunderts wurden Proteste gegen die britische Kolonialmacht und Konflikte zwischen lokalen Machthabern blutig ausgetragen. Kennzeichnend für diese kriegerischen Auseinandersetzungen war der Einsatz junger, rangniedriger Männer als Kämpfer. Sie standen sowohl in der vorkolonialen Gesellschaft als auch in der Siedlerkolonie an unterster Stelle. Nur einzelne Söhne ranghoher ländlicher Autoritäten profitierten von den Patronagenetzen mit den Kreolen. Sie wurden zur Ausbildung in die Hauptstadt geschickt und der Obhut der kreolischen Elite unterstellt.

Die Entdeckung großer Diamantenvorkommen in den 1930er Jahren ermöglichte jungen, sozial marginalisierten Männern nur begrenzt ein besseres Leben, denn in den Diamantenminen etablierten lokale Landbesitzer rasch neue Ausbeutungsverhältnisse. Eheschließungen blieben für sie ein Problem, jedoch bauten die jungen Diamantenschürfer Beziehungen mit jungen Frauen auf, die vor alten gewalttätigen Ehemännern geflohen waren. Deren Macht und der ihrer älteren Mitfrauen in polygamen Ehen hatten sich die jungen Frauen unterzuordnen.

Dem Poro-Männerbund entsprach bei den Frauen der traditionelle Sande-Bund, der dafür sorgte, dass alle Mädchen genital beschnitten wurden und ihnen im Rahmen von vorehelichen Initiationen vermittelte, die soziale Hierarchie fraglos zu akzeptierten.¹³ Ähnlich wie der Poro-Bund bevorzugten die Sande-Leiterinnen Mädchen aus landbesitzenden Familien und bildeten diese als ihre Nachfolgerinnen aus. Geheimes Wissen über Naturkräfte zählte zu den Privilegien der Bund-Leiterinnen; so waren ranghohe Sande-Frauen als Hebammen tätig und zwangen die Gebärenden bei komplizierten Geburten, ihre Liebhaber zu nennen. Die Hebammen gaben ihr Wissen über die geheimen Liebschaften an die betroffenen Ehemänner Preis, die mit Gewalt und drakonischen Strafen reagierten. Junge Frauen, die diesen Strukturen entflohen, versuchten ihre Partner in den Minenstädten selbst auszuwählen. Angesichts der auch dort vorherrschenden patriarchalen

¹³ Vgl. Rita Schäfer, *Frauen und Kriege in Afrika*, Frankfurt/M. 2008, S. 218.

Strukturen blieben ihnen aber eigene wirtschaftliche Handlungsspielräume weitgehend verwehrt. Als die RUF Anfang der 1990er Jahre in großem Stil Jugendliche als Kämpfer mobilisierte, schlossen sich zunächst einige Mädchen und junge Frauen freiwillig den Kampfeinheiten an. Auch sie glaubten den Verheißungen auf ein besseres Leben, manche folgten ihren männlichen Partnern. Im Lauf des Krieges wurden immer mehr Kämpferinnen zwangsrekrutiert, so dass ihr Anteil rasch anstieg – laut mancher Schätzungen waren etwa ein Drittel aller RUF-Guerillas weiblich.

Geschlechterhierarchien in der RUF

Wie in vielen anderen Guerilla-Kriegen wurden die Kombattantinnen vor allem für Trägerdienste, Nachrichtenübermittlung, Spionage, Plünderungen, Folterungen von Gegnern, Versorgungsleistungen und die Pflege von Verwundeten eingesetzt. Zwar waren sie bewaffnet und auch immer wieder an Angriffen beteiligt, doch blieben ihnen militärische Führungsfunktionen mehrheitlich vorenthalten. Trotz ihrer sozialrevolutionären Parolen war der in der sierra leonischen Politik verbreitete Klientelismus auch für die RUF strukturprägend. Folglich verhielten sich die fast ausnahmslos jugendlichen Kommandanten wie mächtige alte Männer. Häufig übernahmen besonders gewaltbereite Kindersoldaten Führungsposten. Als neue Herren über Leben und Tod vertrieben oder ermordeten sie mancherorts die Leiter des Poro-Männerbundes. Allerdings befolgten sie bei wichtigen strategischen Entscheidungen die Anweisungen der Warlords und deren Hintermänner, die sie mit Waffen, Munition und Drogen versorgten. Während die RUF die Altershierarchie zwischen Männern durchbrach und vorgab, gerade sozial marginalisierten Jugendlichen zu helfen, schrieb sie gleichzeitig patriarchale Geschlechterverhältnisse fest.

So nahm die RUF Frauen und Mädchen als Sex-Sklavinnen gefangen; manche von ihnen erklärten die Kommandanten zu „Bush-Wives“, also zu Ehefrauen. Wie die alten, einflussreichen Männer bauten sie polygame Haushalte auf, wobei sie auf die Hierarchie unter den Frauen achteten. Diese Rangfolgen erschwerten die Solidarität zwischen den Frauen und Mädchen. Die weniger privilegierten unter ihnen wurden als Sex-Sklavinnen be-

nutzt, um den Zusammenhalt der Kombattanten zu festigen und sie für erfolgreiche Kampfeinsätze zu belohnen. Um den Massenvergewaltigungen zu entgehen und ihre Existenz zu sichern, versuchten einige junge Mädchen, den vergleichsweise bevorzugten Status als „Bush-Wife“ zu erwerben. Jedoch war dieser Status fragil, weil etliche Kämpfer ihre Partnerinnen verstießen oder bei Gefechten starben.

Bei Überfällen auf Dörfer wurden Mädchen und junge Frauen oft öffentlich vergewaltigt und anschließend zwangsrekrutiert. Weibliche Familienangehörige angeblicher Feinde wurden bevorzugt malträtiiert. Durch die öffentlichen (Massen)Vergewaltigungen griffen die Täter das maskuline Selbstbild der jeweiligen männlichen Familienangehörigen an, die in ihrer Wehrlosigkeit als Versager verhöhnt wurden. RUF-Kämpfer vergewaltigten auch Männer, um sie zu entmännlichen. Ebenso wurden sie gelegentlich von RUF-Kombattantinnen sexuell misshandelt. So war sexualisierte Gewalt eine verbreitete Kriegstaktik, um den familiären und sozialen Zusammenhalt der jeweiligen Feinde langfristig zu brechen. Dazu ordneten RUF-Kommandanten auch Inzesthandlungen an, die als absolutes kulturelles Tabu und als Verrat an den Ahnen galten. In der Folge hatten die dazu gezwungenen Jungen, die anschließend als RUF-Kämpfer zwangsrekrutiert wurden, keine Chance, zu ihren Familien zurückzukehren. Während der langen Kriegsjahre wurden sie selbst zu Gewaltakteuren, wobei die RUF als Sozialisationsinstanz wirkte.

Kriegsende und Nachkriegsentwicklungen

Die RUF hatte gegenüber der sierra leonischen Armee leichtes Spiel. Während des Krieges kam es wiederholt zu Putschen und etliche Soldaten wechselten mehrfach die Fronten. Der lukrative Diamantenschmuggel verschaffte der RUF zudem gute Einnahmen. Wiederholt scheiterten Friedensverhandlungen und die internationale Staatengemeinschaft unternahm jahrelang keine Anstrengungen zur Konfliktbeilegung. Erst im Oktober 1999 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1270 als Grundlage für die UN-AMSIL-Friedensmission mit zunächst 6000, später über 17 000 Blauhelmsoldaten. Etliche von ihnen trumpften in ihrer Freizeit mit be-

sitzergreifendem Sexualverhalten gegenüber der lokalen männlichen Bevölkerung auf, was vor allem junge Männer als Affront wahrnahmen.¹⁴ Zu sexuellen Kontakten mit Blauhelmsoldaten sahen sich insbesondere sozial marginalisierte frühere RUF-Kämpferinnen gezwungen. Sie erhielten keinen Zugang zu den Demobilisierungsprogrammen, weil RUF-Kommandanten ihnen die Waffen abnahmen. Diese wollten nicht als Anführer von Frauen und Kindern gelten und fühlten sich durch die eigene Entwaffnung in ihrem männlichen Selbstbild angegriffen.

Zahllose Frauen und Mädchen, die vergewaltigt worden waren, wurden von ihren Familien fortgeschickt. Vor allem die männlichen Verwandten wollen nicht an das eigene Versagen erinnert werden. Kinder, die bei den Vergewaltigungen gezeugt worden waren, wurden als Bedrohung der familiären Erbfolge wahrgenommen.¹⁵ Darüber hinaus zwangen alte einflussreiche Frauen ehemalige Kämpferinnen zu genitalen Beschneidungen. In Übereinstimmung mit alten ranghohen Männern, die rechtzeitig geflohen waren und den Krieg überlebt hatten, verlangten sie die Rückkehr zu den Traditionen, da nur so die soziale Ordnung wieder aufgebaut werden könne. Solche Einschätzungen führender Sande- und Poro-Bundleiter bestärkten zahllose Männer, fortan gewaltsam ihre Vormachtstellung gegenüber ihren Partnerinnen durchzusetzen.

Die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft wurden mehrheitlich enttäuscht. Während der Demobilisierung und Reintegration wurde es versäumt, gewaltgeprägte Männlichkeitsvorstellungen zu ändern. Zahllose demobilisierte Kombattanten nutzten Gewalt weiterhin als Machtbeweis – insbesondere gegenüber Frauen. Mancherorts eignen Vertreter der alten

¹⁴ Vgl. Paul Higate, *Gender and peacekeeping. Case studies: The Democratic Republic of Congo and Sierra Leone*, Institute for Security Studies (ISS) Monograph, Pretoria 2004.

¹⁵ Schätzungen bezifferten die im Krieg vergewaltigten Frauen und Mädchen landesweit auf 215 000 bis 270 000. Mindestens 90 000 wurden mit HIV infiziert. Über 20 000 Kinder wurden durch Vergewaltigungen gezeugt. Siehe hierzu Human Rights Watch, „We’ll kill you if you cry“. *Sexual violence in the Sierra Leone conflict*, Human Rights Watch Publications, 15 (2003) 1 (A), New York 2003; Amnesty International, *Sierra Leone: Rape and other forms of sexual violence against women and girls*, AFR 51/035/2000, London 2000.

Elite sich Entwicklungsgelder an, weil Hilfsorganisationen in Unkenntnis der lokalen Hierarchien mit ihnen kooperieren. So sind Nepotismus und Korruption auch beim Wiederaufbau staatlicher Institutionen erneute Strukturprobleme. Nur einzelne zivilgesellschaftliche Gruppen prangern die Fortsetzung von Machtmissbrauch und Gewalt an. Sie haben aber einen schweren Stand.

Die übereilt eingesetzte Wahrheits- und Versöhnungskommission und das Sondertribunal trugen nur ansatzweise zur erhofften Aufdeckung der Gräueltaten oder zur Bestrafung von Kriegsverbrechern bei. Bloß wenige geschlechtsspezifische Gewaltakte wurden strafrechtlich verfolgt. Mangels Alternativen sind viele junge Männer gezwungen, sich als schlecht bezahlte Diamantenschürfer zu verdingen, als Kleinkriminelle in den Städten ihre Existenz zu sichern oder als Söldner in einem Nachbarland weiterzukämpfen.

In Sierra Leone zeigt sich beispielhaft, wie notwendig es ist, sexualisierte Kriegsgewalt umfassend aufzuarbeiten und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Zudem müssen neue, kulturell angepasste Foren für Männer unterschiedlichen Alters und Status’ etabliert werden, um Maskulinität jenseits besitzergreifender Sexualität, umfassender Dominanzansprüche, Gewaltbereitschaft und ausgeprägter Hierarchien zu definieren.¹⁶ Nur so kann verhindert werden, dass kriegerische Gewaltmuster in Nachkriegsgesellschaften übernommen und von neuen Kriegstreibern wieder gewaltsam aufgeladen werden.

Das Fallbeispiel Sierra Leone illustriert auch, dass detaillierte Analysen der Geschlechterhierarchien, die insbesondere die Machtverhältnisse zwischen Männern untersuchen und diese systematisch mit gesellschaftlichen Strukturen, historischen Kontexten sowie mit politischen und ökonomischen Entwicklungen in Beziehung setzen, neue Impulse für ein differenziertes Verständnis von Kriegen und die Debatte über „Neue Kriege“ geben können.

¹⁶ Siehe hierzu das Sonke Gender Justice Network in Südafrika und in anderen afrikanischen Ländern: www.genderjustice.org.za (28. 9. 2009).

Sibylle Tönnies

Die „Neuen Kriege“ und der alte Hobbes

Es gibt keine „Neuen Kriege“ – so soll hier argumentiert werden. Es gibt nur eine Veränderung in der Grundhaltung der Politikwissenschaft:

Sibylle Tönnies

Dr. iur.; Juristin und Soziologin,
Lehrbeauftragte an der
Universität Potsdam.
toennies@uni-potsdam.de

Sie bejaht neuerdings die De-Souveränisierung der Nationalstaaten und öffnet sich der friedensstiftenden Möglichkeit eines Weltstaats, mag

sich ihre veränderte Haltung aber noch nicht bewusst machen. Sie unterstützt zwar seit einigen Jahren die Unterminierung der nationalen Souveränität durch die Auflösung des Völkerrechts, gibt dafür jedoch eine irreführende Begründung: Die äußere Lage habe sich geändert, die Welt habe es mit einer bisher unbekanntem Art von asymmetrischen Auseinandersetzungen zu tun. Demgegenüber soll auf die klaren Gedanken von Thomas Hobbes (1588–1679) hingewiesen werden, der die Monopolisierung der Gewalt ohne Umschweife propagiert hat.

„Neue Kriege“ oder alte Scharmützel?

Seit einigen Jahren steht der Begriff „Neue Kriege“ im Mittelpunkt der weltpolitischen Diskussion. Den Anstoß dafür gab die englische Politikwissenschaftlerin Mary Kaldor, die im Jahre 1999 unter dem Titel „New and old wars“ eine eindringliche Darstellung der zunehmend nicht-staatlich geführten gewaltsamen Konflikte vorlegte. Ihnen liege der „Zusammenbruch der Legitimität und in der Folge der Kollaps des Gewaltmonopols“ zugrunde,¹ schrieb sie und zog daraus die Konsequenz, dass die Nationen nicht mehr in der Lage seien, die Sicherheit ihrer Bürger zu garantieren; eine kosmopolitische Instanz müsse diese Aufgabe übernehmen. Sie forderte einen globalen Gesellschaftsvertrag, wie ihn Thomas Hobbes seinerzeit für die einzel-

nen Nationen konzipiert habe: die ganze Welt müsse in den *status civilis* eintreten und eine zentral regierte „Cosmopolis“ gründen.² In kürzester Zeit wurde das Wort „Neue Kriege“ aufgegriffen; ein neuer Topos entstand, von dem weitgehende Folgerungen abgeleitet wurden.

Was ist so neu an den „Neuen Kriegen“? Befand sich nicht Rom tausend Jahre lang in der „asymmetrischen“ Auseinandersetzung mit nicht-staatlich organisierten Aufständen? Und waren nicht marodierende Banden und selbsternannte Warlords verantwortlich für seine Zersplitterung und schließlich seinen Untergang? Hatten Asterix und Obelix denn gar keine historischen Vorbilder?

Herfried Münkler, der den Topos „Neue Kriege“ von Kaldor übernommen und ihm im Jahre 2002 ein eigenes Buch gewidmet hat,³ kann viele Belege dafür nennen, dass die sogenannten „Neuen Kriege“ ein uraltes Phänomen sind. Er beschreibt nicht nur die Scharmützel des Dreißigjährigen Krieges, sondern auch viele andere „asymmetrische“ Auseinandersetzungen. In seinem Buch „Imperien“⁴ sind die Kämpfe des Römischen Reiches sein zentrales Thema. Wenn man es nicht schon von der Schule her wüsste: Bei Münkler kann man lernen, dass die „Neuen Kriege“ eigentlich die „Alten Kriege“ sind; demgegenüber sind die zentral befehligten, Staat gegen Staat geführten Kriege das (relativ) Neue, denn sie wurden erst durch den Westfälischen Frieden 1648 zur Regel. Allerdings bewegt diese Erkenntnis Münkler nicht dazu, von dem Topos „Neue Kriege“ abzugehen.

Warum ist dieser Topos so erfolgreich? Warum verwenden ihn auch diejenigen, denen bewusst ist, wie alt die „Neuen Kriege“ sind?

¹ Mary Kaldor, *Neue und alte Kriege*, Frankfurt/M. 2007, S. 66.

² Dies., *Cosmopolitanism and Organised Violence*, in: Matthew Evangelista (ed.), *Peace Studies*, Abingdon 2005, S. 329.

³ Vgl. Herfried Münkler, *Die Neuen Kriege*, Reinbek 2002.

⁴ Vgl. ders., *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005; siehe auch Mary Kaldor, *Human Security*, Cambridge 2007, S. 4.

Neue staatstragende Haltung

Wirklich neu an den asymmetrischen Auseinandersetzungen ist die Ablehnung, die ihnen die Politikwissenschaftler seit einiger Zeit entgegenbringen. Sie schlagen sich immer mehr auf die Seite von Goliath und lassen David im Stich. Denn bisher haben sie – wie der Zeitgeist überhaupt – mit dem bewaffneten Kampf gegen Staatsordnungen durchaus sympathisiert. In dem Licht, in dem Asterix und Obelix als Helden gezeigt wurden, sah man bisher alle Aufständischen; man nannte sie Freiheitskämpfer, Guerilleros oder Partisanen. Neu sind nicht die heute sogenannten „Neuen Kriege“, sondern die Haltung, mit der man dem Kampf gegen Staatsordnungen gegenübersteht.

Die Geschichtsschreibung, die Literatur und die Schönen Künste haben diejenigen, die sich von der Staatsmacht lösten und sie bekämpften, bisher meistens verherrlicht.¹⁵ Zum Beispiel Götz von Berlichingen: Er war ein Raubritter, der sich der entstehenden Staatsmacht nicht unterwerfen wollte; er sah seine Freiheit in dem alten Fehderecht und wollte – so wie seine Väter – weiterhin auf eigene Faust einen bewaffneten Haufen anführen. Er gehörte zu den Kräften, welche die Etablierung des staatlichen Gewaltmonopols um Jahrhunderte verzögerten – und dennoch gilt er als Held. Johann Wolfgang von Goethe lässt ihn mit dem Wort „Freiheit“ auf den Lippen sterben.

Bisher hat unsere Kultur die Männer, die sich dem *status civilis* nicht unterworfen und den *status naturalis* entweder aufrechterhalten oder wieder hergestellt haben, idealisiert. Warum tragen Straßen und Plätze die Namen von Ferdinand von Schill, Theodor Körner und Adolf von Lützow? Weil diese Männer ohne Rücksicht auf den preußischen Staat, der sich von Napoleon hatte einverleiben lassen, den Kampf gegen die französischen Besatzer aufnahmen. Aus dieser Zeit stammen auch die deutschen Bundesfarben: Demnach trugen die Freischärler in Ermangelung von Uniformen ihre schwarzen Anzüge, auf die

ihre Mütter goldene Knöpfe und rote Aufschläge genäht hatten. Heute müsste man das Lützower Freikorps als marodierenden Haufen bezeichnen.

Die 68er-Generation hat in ihrer Jugend die Guerilla und das Partisanentum gefeiert; heute lässt sie sich nicht gern daran erinnern. Der Topos „Neue Kriege“ hilft ihr, wenn sie nicht zugeben mag, dass sie ihre Haltung geändert und den Rebellen ihre Sympathie entzogen hat. Statt aber eine uralte Frage in neuer Terminologie zu diskutieren, sollte sie fruchtlos zugeben, dass sie sich revidiert hat. Diese Revidierung ist gut und richtig. Die prinzipielle Bejahung des Gewaltmonopols entspricht der weltgeschichtlichen Tendenz zur globalen Zentralisierung der militärischen Macht.

Mary Kaldor hat einen guten Griff getan, als sie Norbert Elias' kurze, aber unübertroffene Darstellung dieser unaufhaltsamen Tendenz wiedergegeben hat.¹⁶ Elias schrieb in seinem Buch „Über den Prozess der Zivilisation“ über die Monopolisierung der zunächst souveränen Gewalten: „Nach vielen Kämpfen und Niederlagen werden einige durch Akkumulation von Machtmitteln stärker, andere scheiden aus dem Konkurrenzkampf um die Vormacht aus; diese hören auf, Figuren erster Größe in diesem Kampf zu sein; jene, die wenigen, kämpfen weiter miteinander, und der Ausscheidungsprozess wiederholt sich, bis schließlich die Entscheidung nur noch zwischen zwei Territorialherrschaften steht, die durch Siege über andere, durch deren freiwillige oder erzwungene Angliederung groß geworden sind; alle übrigen haben nun – ob sie sich am Kampfe beteiligten oder neutral blieben – durch das Wachstum und die Machtfülle dieser beiden den Charakter von Figuren zweiter oder dritter Ordnung bekommen, und in dieser Funktion haben sie immerhin noch ein gewisses gesellschaftliches Schwergewicht. Jene beiden aber nähern sich schon einer Monopolstellung, sie sind aus dem Konkurrenzbereich der übrigen herausgewachsen; zwischen ihnen steht die Entscheidung.“¹⁷

¹⁵ Auch Herfried Münkler rückt die Aufständischen von Andreas Hofer bis Che Guevara nicht immer in das schlechte Licht wie heute die Warlords; vgl. Herfried Münkler, *Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt*, Opladen 1990.

¹⁶ Vgl. M. Kaldor (Anm. 2), S. 335.

¹⁷ Norbert Elias, *Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1977, S. 143.

Betrachtet man die gegenwärtige Weltlage mit diesen Augen, so lässt sich konstatieren: Die Entscheidung ist gefallen – zugunsten der USA. Solange sich die Weltmacht nicht offensichtlich im Abstieg befindet, (was allerdings viele Analytiker behaupten,) muss davon ausgegangen werden, dass die Welt-Gewaltmonopolisierung in den Händen der USA der nächste Schritt im Prozess der Zivilisation ist.

Aporie des Völkerrechts

Es gibt einen weiteren Grund dafür, dass der Begriff „Neue Kriege“ so viel Erfolg hatte. Er kam der öffentlichen Meinung nicht nur deshalb entgegen, weil er ihre neue Haltung gegenüber zentralisierter Gewalt legitimierte; er konnte auch ihre veränderte Haltung gegenüber dem Völkerrecht rechtfertigen. Die alten Scharmützel müssen als „Neue Kriege“ firmieren, damit die Auflösung der völkerrechtlichen Ordnung, die seit den 1990er Jahren im Gang ist, nicht als solche in Erscheinung tritt.

Den Kern dieser Ordnung bildet das Angriffskriegsverbot. Es wurde im Völkerbund begründet, im Briand-Kellogg-Pakt 1928 gefestigt und 1945 in der UN-Charta bestätigt. In Art. 2 Ziff. 4 der Charta ist die grenzüberschreitende Gewaltanwendung generell verboten, nur zur Verteidigung ist sie noch zulässig.

Das Angriffskriegsverbot ist jedoch in Auflösung begriffen. Schon mit der Bombardierung Belgrads 1999 wurde es missachtet. Auch die schwersten menschenrechtlichen Missstände berechtigen nicht zu einem gewaltsamen Einschreiten. Die sogenannte „humanitäre Intervention“ ist nicht gestattet, denn sie widerspricht der Charta ebenso wie der bisher einhelligen völkerrechtlichen Lehrmeinung.¹⁸

Die Ordnung der Charta hat ein System der „kollektiven Sicherheit“ begründet, in dem nur der UN-Sicherheitsrat, und auch nur bei einstimmigem Beschluss seiner stän-

¹⁸ Vgl. u. a. Otto Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, Tübingen 1997, 6. Aufl., S. 295. Die „humanitäre Intervention“ war – wegen ihrer besonderen Gefährlichkeit – geächteter als der hegemoniale Angriffskrieg. Vgl. dazu ausführlich Sibylle Tönnies, *Cosmopolis Now. Auf dem Weg zum Weltstaat*, Hamburg 2002, Kap. VI.

digen Mitglieder, einen rechtmäßigen Militäreinsatz anordnen darf. Im Falle der massiven Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien war der Sicherheitsrat daran gehindert: Sowohl Russland als auch China drohten mit ihrem Veto. „Wegschauen“ wäre die Konsequenz gewesen, hätte man der Charta gehorcht. Die Tatsache, dass die NATO auf eigene Faust gegen Serbien voringing und fast die gesamte Öffentlichkeit dies guthieß – das war das Neue.

Das kam einem Dambruch gleich, der zur Folge hatte, dass die USA nicht gerügt werden konnten, als sie nach 2001 in ihrem „War against Terror“ das Völkerrecht eklatant verletzten.¹⁹ Erst als die Pazifizierung des Irak nicht gelang, erinnerte man sich an die Bestimmung der Charta. Damit konnte die Anerkennung des Angriffskriegsverbots aber nicht wiederhergestellt werden. Vielmehr hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass grenzüberschreitende Militäreinsätze auch dann zulässig sein können, wenn der Sicherheitsrat sie nicht beschlossen hat. In der Diskussion über die „Neuen Kriege“ spielt die Tatsache fast gar keine Rolle mehr, dass es den Staaten gemäß dem Völkerrecht untersagt ist, die territoriale Integrität anderer Nationen zu verletzen, um dort geduldete nicht-staatliche Feinde zu bekämpfen. „Die enge Verknüpfung von Deskription und Präskription bei der Definition von Krieg erklärt die dominante Position, die hierbei den Juristen zufällt“, sagte Münkler, ohne dass er sich selbst ernsthaft um diese Position kümmern würde.¹⁰

Als Israel im sogenannten Sommerkrieg gegen die Hisbollah im Libanon voringing, wurde die damit verbundene Völkerrechtsverletzung fast gar nicht gerügt. Die besondere Gefährdung Israels spielt bei der Auflösung des Angriffskriegsverbots eine entscheidende Rolle. Israel sieht sich nicht nur durch „private“ Gewalten, sondern auch in ganz konventioneller Weise durch einen Staat bedroht: den Iran, von dem ein nuklearer Angriff ausgehen könnte. Ein (bisher verbotener) Erstschatz gegen den Iran wird vorbereitet – nicht nur militärisch, sondern auch

¹⁹ Vgl. Robert Kagan, *America's Crisis of Legitimacy*, in: *Foreign Affairs*, 83 (2004) 2, S. 65–87.

¹⁰ Herfried Münkler, *Krieg*, in: *Erwägen, Wissen, Ethik (EWE)*, 19 (2008) 1, S. 27.

geistig: in unseren Köpfen. Das Bedürfnis, Israel in dieser Lage zu beschützen, hat zu der Erosion des Völkerrechts beigetragen.

Die Erosion des Völkerrechts ist nur auf den ersten Blick ein Unglück. Als Wandlung der Weltordnung steht sie auf der geschichtlichen Tagesordnung; sie ist unvermeidlich. Das gegenwärtige Völkerrechtsordnung leidet nämlich an einem unerträglichen Widerspruch: Die UNO kann Nationen, die sich durch staatliche oder nicht-staatliche Gegner von außen bedroht sehen, nicht schützen. Ihr fehlt eine durchsetzungsfähige militärische Exekutive. Dennoch erwartet sie von den gefährdeten Nationen, ihrem Gesetz – dem Angriffskriegsverbot der Charta – Gehorsam zu leisten. Es fehlt an dem Austausch von Schutz und Gehorsam, der – nach dem Hobbes'schen Theorem – jeder tragfähigen politischen Ordnung zugrunde liegt.¹¹

Statt die Neuigkeit von gewissen gewaltsamen Auseinandersetzungen zu behaupten, sollte diese Aporie des Völkerrechts wahrgenommen und der einzig mögliche Ausweg gesucht werden: der Aufbau eines legitimen Welt-Gewaltmonopols.

„Cosmopolis“ oder Weltimperium?

Beide Protagonisten des neuen Topos, sowohl Kaldor als auch Münkler, haben – mehr oder weniger offen – dieses Ziel im Auge. Kaldor bezeichnet es mit dem alten griechischen Wort „Cosmopolis“ – ein gutes Wort, das aber über die Frage, ob die Gewalt monopolisiert werden soll, einen Schleier wirft. Kaldor beruft sich einerseits auf Immanuel Kant, dessen Konzept eines „Ewigen Friedens“ diese Monopolisierung ausschließt, andererseits aber auf Norbert Elias und Thomas Hobbes, die sie für unabdingbar halten. Auch Münkler nimmt in dieser Frage keinen klaren Standpunkt ein. Er befasst sich zwar sympathisierend mit „Imperien“, propagiert jedoch nur

¹¹ In der Erkenntnis dieses Mangels und im Hinweis auf das Hobbes'sche Theorem liegt das Verdienst von Carl Schmitt; vgl. Carl Schmitt, *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*, Köln 1954. Schmitt war allerdings nicht wie Hobbes auf die Gewaltmonopolisierung aus, sondern wollte zum „gehegten Krieg“ des klassischen Völkerrechts zurückkehren; vgl. dazu Sibylle Tönnies, *Ganz oder gar nicht! Carl Schmitt und Afghanistan*, in: *Weltrends*, Nr. 69, November/Dezember 2009, S. 99.

an einigen Stellen ausdrücklich die Gründung eines Welt-Imperiums. Soweit er das tut, hat er – realistischere Weise – die USA im Auge.¹²

Wenn Kaldor das angelsächsische Publikum davon überzeugen will, dass die „Neuen Kriege“ zu einem globalen *status civilis* zwingen, kann sie sich ganz unbefangen auf Thomas Hobbes berufen. Münkler muss das vermeiden: In Deutschland hat Hobbes keinen guten Ruf. Es ist gleichwohl richtig, ihn als Fachmann für das Thema heranzuziehen; denn – ob das Konzept „Cosmopolis“ oder „Imperium“ heißen möge – in beiden Fällen kann das, was Hobbes über die notwendige Gründung des staatlichen Gewaltmonopols gesagt hat, auf die Weltebene übertragen werden.

Die Abwehrreaktion, die Hobbes auslöst, ist unberechtigt. Denn alles, was er auf nationaler Ebene in Gang setzen wollte, ist eingetreten – und zwar zu unser aller Gunsten. Hobbes animierte die kleinen Mächte – die Adligen, die Bischöfe, die Städte – ihre Waffen abzulegen und zu dulden, dass nur noch eine Zentrale das Recht hat, Gewalt anzuwenden – der Staat: Er allein darf eine Exekutive besitzen und physischen Zwang anwenden; bewaffnete Einheiten – Polizei und Militär – dürfen nur unter staatlichem Befehl agieren. Ein solcher Staat schwebt heute über allen funktionierenden Nationen und sein Gewaltmonopol steht prinzipiell außer Frage. Das Fehlen von Staatsgewalt – so in Gesellschaften, die man als „failed states“ bezeichnet – wird als Mangel angesehen. Diese Gesellschaften sind die Tummelplätze der „Neuen Kriege“.

Der Nutzen der Gewaltmonopolisierung wird heute nicht mehr prinzipiell in Frage gestellt. Aber es wird Hobbes – jedenfalls in Deutschland – nicht gedankt, dass er diesen Prozess durch seine Theorie so wirksam gefördert hat. Er hat zu seiner Unbeliebtheit allerdings selbst beigetragen, indem er die monopolisierte Gewalt – den Staat also, zu dessen Anerkennung er ermunterte – als Ungeheuer darstellte. Er gab ihr, der er das alleinige Privileg des Waffeneinsatzes zuwies, den Namen Leviathan. Der Leviathan aber ist ein Ungeheuer, das im Alten Testament – Buch Hiob, Kapitel 41 – so beschrieben wird:

¹² Vgl. H. Münkler (Anm. 4), S. 145.

„Wer kann ihm sein Kleid aufdecken? Und wer darf es wagen, ihm zwischen die Zähne zu greifen? (...) Aus seinem Munde fahren Fackeln, und feurige Funken schießen heraus. Aus seiner Nase geht Rauch wie von heißen Töpfen und Kesseln. Auf seinem Halse wohnt die Stärke, und vor ihm her hüpfen die Angst.“

In der Wahl dieser Allegorie schwingt englische Selbstironie mit. Trotzdem ist das Bild ernst zu nehmen. Hobbes wollte die Staatsmacht als schreckliches Ungeheuer sehen, weil es ihm darauf ankam, dass sie Angst erregt. Darin drückte sich keine Neigung zur Gewalt aus. Im Gegenteil: Je mehr Angst die Staatsmacht erregt, desto weniger muss sie faktisch einschreiten.

Furcht als Lehrmeister

Hobbes wollte, dass die Staatsmacht Furcht erregt – statt dass der Mensch weiterhin Angst vor seinesgleichen haben muss. Er machte seinen Zeitgenossen bewusst, wie sehr sie einander fürchten, solange sie nicht von oben beschützt werden. Schon die Tatsache, dass jeder sein Haus abschließe, wenn er es verlässt, zeige, dass er seinem Nächsten nicht über den Weg traue. Hobbes machte bewusst, wie sehr die Menschen auf die kollektive Wachsamkeit angewiesen sind. Im *status naturalis* sei der Mensch dem Menschen ein Wolf – *homo homini lupus*. Dieses Wort ist berühmt geworden, genau wie die Feststellung, dass das Leben ohne wirksame Vorkehrungen gegen die Mitmenschen „nasty, brutish and short“ sei.

Daran mögen die Theoretiker der „Neuen Kriege“ nicht anknüpfen. Implizit tun sie es aber doch – und zwar mit vollem Recht. Sie verwenden den neuen Topos zu dem Zweck, Angst zu verbreiten. Sie nennen die alten Unruhen „Neue Kriege“, um ihre Gefährlichkeit zum Ausdruck zu bringen – wie sonst könnte die neue Betrachtung die Auflösung des Völkerrechts begünstigen? Damit befinden sie sich – nolens oder volens – in dem bewährten Fahrwasser von Thomas Hobbes. Sie wollen die Illusionen über den *status naturalis*, in dem sich die Welt noch befindet, nehmen; sie wollen die Brutalität dieses Zustands zeigen, um die öffentliche Meinung darauf vorzubereiten, dass eine Zentralgewalt die nationalen

Souveränitäten in Zukunft zunehmend ignorieren wird.

Fiktion des Gesellschaftsvertrags

Mehr als tausend Gentlemen habe er zum Gehorsam gegenüber Oliver Cromwell überredet, rühmte sich Hobbes. Zu anderen Zeiten hatte er für die Unterwerfung unter den englischen König geworben. Zu Unrecht wird ihm dieses Schwanken als Opportunismus vorgeworfen. Vielmehr wollte er, dass der Englische Bürgerkrieg dadurch endlich ein Ende findet, dass sich die stärkste Macht durchsetzt – in wessen Händen auch immer. Er animierte zur Unterwerfung unter den Stärksten, ohne Rücksicht auf dessen moralische Qualitäten.

Das gelang ihm nicht ohne ein vorsichtiges Taktieren. Zwar machte er deutlich, dass der Leviathan – den zu dulden er aufforderte – die zentralisierte brutale Gewalt darstellt; zur Legitimation der Staatsgründung aber bediente er sich einer verschleiernnden, schon im Mittelalter auftauchenden Konstruktion: der des Gesellschaftsvertrags. Dieses Konstrukt hat Kaldor übernommen. Die Vorstellung einer vertraglichen Gründung hilft ihr dabei, wenn sie ihrem „Cosmopolis“-Konzept Legitimität geben will.

Der Vorgang der Gewaltmonopolisierung bestand zwar in Wirklichkeit aus ganz gewöhnlichen Kampfhandlungen: aus Hauen, Stechen und Schießen, aus Töten, Gefangennehmen – und Kapitulieren. Zum Schutz des Ehrgefühls seiner Zeitgenossen konstruierte Hobbes ihn aber als gegenseitigen Vertrag. Die Unterwerfung des Besiegten sei bei genauerem Hinsehen ein Geben und Nehmen. Derjenige nämlich – so sagte er ihnen – der sich der Gewalt des Siegers unterstelle, ihm seine Waffen übergebe und Gehorsam verspreche, erhalte ja im Gegenzug auch etwas zurück – nämlich Schutz. Dieser werde vertraglich gegen Gehorsam ausgetauscht – *protection* gegen *obedience*.¹³

Dabei verschwieg Hobbes nicht, dass der Gesellschaftsvertrag keineswegs freiwillig geschlossen werden müsse; er werde begründet, „wenn jemand im Kriege gefangen genom-

¹³ Hier sei an das oben beschriebene Manko der Vereinten Nationen erinnert.

men, oder besiegt, oder seinen Kräften nicht mehr trauend (um den Tod abzuwehren) dem Sieger oder dem Stärkeren verspricht, ihm zu dienen, d. h. alles tun zu wollen, was er befehlen werde. In diesem Kontrakt ist das Gut, das der Besiegte, Schwächere empfängt, das Geschenk seines Lebens; das Gut aber, das er verspricht, ist Dienst und Gehorsam.“¹⁴

Diese das Ehrgefühl schonende Tarnung einer Unterwerfung als Vertrag ist uns vertrauter, als wir auf den ersten Blick annehmen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Besetzung Deutschlands durch die westlichen Alliierten als Schutz vor der Sowjetunion aufgefasst und der NATO-Vertrag als Abkommen unter Gleichen konstruiert – und wird bis heute so aufgefasst. Dasselbe geschah, mit weniger Erfolg, im sogenannten Warschauer Pakt.

Die Fiktion des Gesellschaftsvertrags hatte bei Hobbes allerdings nicht nur taktischen Charakter: Sie schafft ein Kriterium, an dem die Richtigkeit einer Verfassung gemessen werden kann.¹⁵ Entscheidend war hierbei die Frage, ob man sie sich als gegenseitigen Vertrag „vorstellen“ kann; der Staat ist nur dann legitimer Inhaber der monopolisierten Gewalt, wenn er seinen Bürgern den Schutz, den er ihnen im Austausch für ihren Gehorsam schuldet, auch tatsächlich bietet. So darf der Leviathan – so mächtig Hobbes ihn auch sehen will – niemanden zum Kriegsdienst zwingen. Denn im Krieg ist man schutzlos und kann zu Tode kommen; der Staat kann von seinen Bürgern nicht verlangen, dass sie sich diesem Rückfall in den *status naturalis* gegen ihren Willen aussetzen.

Weil Hobbes die Staatsgewalt immer im Rahmen des Schutz-Gehorsam-Austausches verstand, kann er nicht als Theoretiker des Totalitarismus angesehen werden. Die Herrschaft der Nationalsozialisten hätte er verdammt, weil ein Teil der Bevölkerung Deutschlands nur zum Gehorsam verpflichtet war, ohne im Gegenzug auch staatlichen Schutz zu genießen. In solchen Fällen bricht

¹⁴ Thomas Hobbes, *De Cive*, Kap. VIII; über die Angst als Grundlage des Gesellschaftsvertrags vgl. Andreas Vasilache, *Hobbes, der Terrorismus und die Angst in der Weltpolitik*, in: *WeltTrends*, Nr. 51, Sommer 2006, S. 147–161.

¹⁵ Vgl. Ferdinand Tönnies, *Thomas Hobbes. Leben und Lehre*, Stuttgart 1971, S. 224.

der Staat den Gesellschaftsvertrag und Hobbes billigt den Unterworfenen das Recht zum Widerstand zu.

Mangelhafte Machtbereitschaft

Nicht nur Hobbes Aufruf an die Gentlemen, die ihre Souveränität aufgeben sollten, lässt sich auf die heutigen, bisher souveränen Nationen übertragen. Auch seine Botschaft an die zu gründende Zentralgewalt lässt sich auf die Weltebene transferieren. Denkt man sich die USA als die Macht, der Hobbes heute die Aufgabe zuweisen würde, mit dem Rest der Welt einen Welt-Gesellschaftsvertrag zu schließen, so zeigt sich deutlich, dass diese Macht keineswegs auf diese Rolle vorbereitet ist. Hobbes würde den USA dasselbe vorwerfen, was er den zu seiner Zeit rivalisierenden Mächten vorwarf: dass sie sich verhielten, als sei das „Schwert der Gerechtigkeit“ für sie zu heiß – „as if the sword of justice were too hot for them to hold“.¹⁶

Die „Sole Super Power“ zeigt bisher keine Neigung, den *status naturalis* der Welt aufzulösen und ihre lukrative Rolle als Wolf unter Wölfen aufzugeben. Sie muss erst dazu animiert werden, das „Schwert der Gerechtigkeit“ tatsächlich in die Hand zu nehmen. Es wird ein Gewinn sein, wenn es die politische Korrektheit erlaubt, sie dazu offen aufzufordern – ohne dass verwirrende neue Begriffe zu Hilfe genommen werden müssen.

¹⁶ Thomas Hobbes, *Leviathan. Review and Conclusion*, London (Reprint) 1985, S. 721.

Susanne Fischer

Journalisten im Irak

Am 1. Mai 2003 landete der damalige US-amerikanische Präsident George W. Bush auf dem Flugzeugträger USS Abraham

Lincoln und erklärte den Irak-Krieg offiziell für beendet. Die „major combat operations“, die Hauptkampfhandlungen, seien eingestellt. Zur Unterstreichungs seiner Siegesbotschaft wehte über dem Schiffsdeck ein riesiges Transparent mit der inzwischen zum geflügelten Wort gewordenen Aufschrift „Mission Accomplished“.¹ Und

doch lesen wir, mehr als sechs Jahre nach dem offiziellen Kriegsende, in den Zeitungen und hören wir in den Fernseh- und Radionachrichten weiterhin vom Irak-Krieg. Noch immer gilt Irak, das sechste Jahr in Folge, als gefährlichstes Land der Welt für Journalistinnen und Journalisten. Nach Angaben des „Committee for the Protection of Journalists“ (CPJ) starben seit 2003 im Irak 139 Journalisten und 51 Medienmitarbeiter.² Zum Vergleich: 20 Jahre Vietnam-Berichterstattung, von 1955 bis 1975, kosteten 66 Journalisten das Leben.

Ist also ein Journalist, der heute aus Bagdad berichtet, immer noch ein Kriegsreporter? Oder war er das nur vom 20. März bis zum 1. Mai 2003, in der so genannten heißen Phase des Krieges, als die Panzer auf Bagdad vorrückten und die irakische Armee sich noch nicht ergeben hatte? Und wenn er kein Kriegsreporter (mehr) ist, wann und nach welchen Kriterien erfolgte der Wechsel vom Kriegs- zum Krisenreporter, und was bedeutet das für den Alltag des Reporters? Die US-amerikanischen Medien stellen sich diese Frage nicht; völlig selbstverständlich wird nach wie vor vom „Iraq war“ geschrieben und gesprochen – das allerdings immer seltener.

Auf den Titelseiten der Zeitungen finden sich immer weniger Geschichten über das Geschehen in Bagdad oder einer der 18 irakischen Provinzen. In den USA machten Berichte aus dem Irak in den ersten zehn Wochen des Jahres 2007 noch 23 Prozent der Nachrichtenzeit („newshole“) im Fernsehen insgesamt aus. Im gleichen Zeitraum 2008 waren es nur noch drei Prozent. In den großen Kabelnetzwerken fiel der Irak-Anteil an den Nachrichten von 24 auf 1 Prozent.³

Die Frage, wieviel Journalisten aus dem Irak berichten, wirft eine zweite auf: Wober können sie überhaupt berichten, und um welchen Preis? Vom hohen Todeszoll war bereits die Rede. Die Berichterstattung aus dem Irak kostet die Medien aber auch in finanzieller Hinsicht ein Vermögen. Die schwierige Sicherheitslage hat die Kosten eines Korrespondenten vor Ort in unerschwingliche Höhen getrieben. Keine der deutschen Zeitungen oder Magazine, nicht einmal die öffentlich-rechtlichen Sender haben noch dauerhaft Reporter im Land. Wer kann schon wie die New York Times für ein Büro in Bagdad mehr als drei Millionen US-Dollar im Jahr zahlen – das Personal noch nicht einmal miteingerechnet?⁴ Wie also berichten Journalisten aus und über diesen Krieg, der offiziell längst keiner mehr ist? Wie bewältigen sie die Herausforderungen, die sechseinhalb Jahre Krieg, Krise und Gewalt, die häufig keinen klaren Frontlinien folgt, mit sich bringen?

Die Arbeitsbedingungen von Journalisten im Irak haben sich seit März 2003 immer wieder stark verändert. Die Berichterstattung zwischen März 2003 und Herbst 2009 und die sie bestimmenden Rahmenfaktoren lassen sich in fünf Phasen unterteilen. Die erste Phase war die des „heißen Krieges“: Das Regime Saddam Husseins war noch an der Macht, und Journalisten im Irak, inländische wie ausländische, unterstanden staatlicher

¹ Vgl. Dana Bash, Bush: Iraq is one victory in war on terror vom 2. 5. 2003, in: www.cnn.com/2003/ALLPOLITICS/05/01/sprj.irq.bush.speech/index.html (25. 9. 2009).

² Vgl. www.cpj.org (24. 09. 2009).

³ Vgl. Sherry Ricciardi, Whatever happened to Iraq?, in: *American Journalism Review*, June/July 2008; siehe: www.ajr.org/Article.asp?id=4515 (24. 09. 2009).

⁴ Vgl. Iraq and the Cost of Coverage. Serious stories, serious money, in: *Columbia Journalism Review*, November/December 2007, S. 4.

Susanne Fischer
geb. 1968; freie Nahost-Korrespondentin und Middle East Program Manager des Institute for War and Peace Reporting in Beirut; lebte von 2003 bis 2008 im Irak, wo sie u.a. drei Jahre lang Journalisten ausbildete.
www.autoren-reporter.de

Zensur und strikter Kontrolle durch das Informationsministerium.

Journalismus war im Irak auch vor dem Krieg ein heikles Handwerk. Unter Saddam Hussein arbeitete die Mehrheit der Journalisten für die Regierung, oder, in kleiner Zahl, heimlich und unter Lebensgefahr für die streng verfolgte, illegale Opposition. Aus Zeitung, Radio und Fernsehen sprach zum Volk allein die Stimme des Staates. Entsprechend konnten die irakischen Journalisten in der ersten Kriegsphase überwiegend offizielle Verlautbarungen verkünden, selbst wenn diese so offenkundig absurd waren wie die von Mohammed al-Sahhaf, dem letzten Informationsminister unter Saddam Hussein. Noch als die ersten US-amerikanischen Panzer durch Bagdad rollten und die Bilder flüchtender Elite-Soldaten live um die Welt gingen, beharrte Sahhaf: „Ich garantiere Ihnen dreifach: Es gibt keine amerikanischen Soldaten in Bagdad.“¹⁵

Die ausländischen Journalisten in dieser ersten Phase der Irak-Berichterstattung wiederum lassen sich in drei Gruppen unterteilen: Es gab erstens die entweder schon seit längerem im Irak stationierten (vor allem arabischen) oder zum Kriegsbeginn eingereisten Korrespondenten in Bagdad. Dazu gehörten insbesondere Vertreter der internationalen Satellitensender und öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten. Für die ARD hartete zum Beispiel Christoph Maria Fröhder in Bagdad aus. Fröhder hatte bereits während des 2. Golfkriegs 1991 aus Bagdad berichtet. Bei seiner Arbeit dort, so Fröhder, habe er sich immer um größtmögliche Distanz zum Militär bemüht. Schließlich wolle er „die Leute über so einen Konflikt informieren und nicht als Sprachrohr der Militärs auftreten“.¹⁶ Um schon äußerlich einen möglichst zivilen Eindruck zu erwecken, trug er nur in Ausnahmefällen schussichere Weste und Helm, „weil sie zu neunzig Prozent als Presseemann nicht so nah dran sind, als dass es erforderlich“¹⁷ sei.

¹⁵ Zit. in Markus Becker, Iraks Informationsminister: Alle lieben „Comical Ali“, in: Spiegel online vom 30. 4. 2003; siehe: www.spiegel.de/politik/ausland/0,15.8.246719,00.html (28. 9. 2009).

¹⁶ Zit. in Anke Kremer, Deutsche Journalisten im Irakkrieg 2003. Eine Analyse persönlicher Erfahrungsberichte, Magisterarbeit (unveröffentlicht), Münster 2005, Anhang S. 14.

¹⁷ Ebd., S. 14.

Wer zu Saddams Zeiten als Ausländer aus Bagdad berichtete, hatte stets einen „Minder“ an seiner Seite, einen vom Informationsministerium abgestellten Aufpasser, der darauf achtete, dass die Journalisten auch alles Gesehene, Gehörte, Erlebte, richtig verstanden – und nichts sahen, hörten oder erlebten, was der staatlich verordneten Linie widersprach. Die Bewegungsfreiheit der ausländischen Korrespondenten war dadurch stark eingeschränkt. Ein umfassendes Bild konnten die von Bagdad aus operierenden Journalisten so nicht zeichnen. Denn was im Norden und Süden des Landes geschah, war von der Hauptstadt aus nicht auszumachen; oft waren schon entlegene Stadtviertel für die Journalisten nicht erreichbar. Zu einer wichtigen Quelle für Informationen über das Alltagsleben der Iraker wurden die zahlreichen Blogs im Internet. Gegenüber den ausländischen Journalisten hatten die Blogger, die oft über ihre Familie berichteten und darüber, wie sie und ihre Freunde den Krieg erlebten, den Vorteil unmittelbarer Nähe. Allerdings kam immer wieder der Verdacht auf, hinter dem einen oder anderen Blog stecke in Wahrheit kein Iraker, sondern amerikanische PR-Experten.¹⁸

Die zweite Gruppe der Irak-Berichtersteller stellten die in den Anrainerstaaten (Jordanien, Syrien, Iran, Türkei) auf eine Einreisegelegenheit wartenden Journalisten, von denen sich kurz vor oder zu Kriegsbeginn einige auf eigene Faust ins Land durchschlugen.¹⁹ Der Hörfunk- und Fernsehjournalist Martin Ebbing etwa, seit Dezember 2002 im Nordirak unterwegs, führte für den SWR ein multimediales Online-Tagebuch. Mit Laptop, Satellitentelefon, digitaler Kamera und Rekorder ausgestattet, konnte Ebbing weitgehend autark aus der Krisenregion berichten.

Anders als die Journalisten in Bagdad und die noch zu erwähnende dritte Gruppe der bei der Armee eingebetteten Reporter, die quasi live Kampfhandlungen übertrugen oder kommentierten, konzentrierten sich die auf eigene Faust durch das Land reisenden Kollegen mehr auf Hintergrundberichte und Reporta-

¹⁸ Vgl. ebd., S. 9.

¹⁹ Aus Deutschland gehörten dazu zum Beispiel der Stern-Reporter Christoph Reuter, der ehemalige ZEIT-Mitarbeiter Bruno Schirra, der Korrespondent der Süddeutschen Zeitung (SZ), Tomas Avenarius, und der freie Radiojournalist Martin Ebbing.

gen. So urteilte Ebbing über seine Arbeit aus dem Krieg: „Ich produziere keine News.“¹⁰ Für Logistik und Infrastruktur mussten die auf eigene Faust durchs Land reisenden Journalisten selbst sorgen; dafür konnten sie sich, soweit es die Umstände und der Frontverlauf erlaubten, relativ frei bewegen. Oder wie es der Stern-Reporter Christoph Reuter beschrieb: „Wir sind einfach in einem Team mit anderen Kollegen von Kurdistan aus nach Süden vorgeückt, mit einem Pick-up voller Benzin, mit Walkie-Talkies und aller Ausrüstung.“¹¹ Diese Form des Arbeitens barg hohe Risiken, da die Journalisten weitgehend auf sich allein gestellt waren; sie bot andererseits Chancen zu einer unmittelbaren, von militärischen oder anderen staatlichen Bevormundungen weitgehend freien Berichterstattung, wie eine Passage aus Christoph Reuters Text über die befreite Stadt Kirkuk anschaulich zeigt: „Als hätten die Verteidiger von Saddams Regime überhastet ihre Vergangenheit abgestreift, liegen ihre Hüllen herum: Uniformen in den Wäldern rings um die Stadt, Munitionsgürtel in den Toiletten der Moscheen, die schwarzen Plastikhelme der Fedajin, wie Star-Trek-Requisiten verstreut in ihrem Hauptquartier. In Zivil verbergen sich die Männer zu Hause, gehen in die Dörfer, manche fliehen in Richtung Tikrit, der letzten Bastion der Vergangenheit.“¹²

Die dritte, wohl am kontroversesten diskutierte Gruppe der Irak-Berichtersteller während der heißen Phase des Krieges waren die „eingebetteten“ Journalisten, die mit Einheiten der US-amerikanischen und britischen Armee von Kuwait aus in den Irak einmarschierten. Das Konzept des „Embedded Journalism“ war in dieser Form vom amerikanischen Verteidigungsministerium erstmals angeboten worden. Entstanden ist die Idee aus Diskussionen zwischen Chefredakteuren und dem Pentagon darüber, wie man Journalisten die Berichterstattung über den Krieg bei möglichst geringem Risiko ermöglichen könne. Wer sich vorab schriftlich verpflichtete, sich an bestimmte Beschränkungen zu halten, durfte ausgewählte Militäreinheiten beim Einmarsch in den Irak begleiten; ein Ange-

¹⁰ Zit. in Benedikt Tüshaus, Multimedia-Reporter im Nordirak, in: *Onlinejournalismus.de* vom 12. 4. 2003; siehe: http://goa2003.onlinejournalismus.de/webstories/ebbing_nordirak.php (19.10.2009).

¹¹ Zit. in A. Kremer (Anm. 6), S. 54.

¹² Christoph Reuter, Als wäre nichts gewesen, in: *Der Stern* vom 16. 4. 2003, S. 42.

bot, von dem in der ersten Kriegsphase rund 500 Medienvertreter¹³ aus aller Welt Gebrauch machten – wobei die US-amerikanischen Journalisten überwogen. Aber auch die BBC hatte 16 Reporter „embedded“.¹⁴ Auch deutsche Journalisten nahmen das Angebot der US-Armee an und ließen sich einbetten, so zum Beispiel der Spiegel-Reporter Claus Christian Malzahn in die 130. Pionierbrigade der US-Armee. Er musste, wie alle eingebetteten Journalisten, versichern, nur über abgeschlossene Operationen zu berichten und auf präzise Ortsangaben zu verzichten. „Ansonsten gilt: 'Everything is on the record', alles darf zitiert werden. Diese Regeln erscheinen mir nicht ehrenrühriger als die Vereinbarungen, die Politiker und Journalisten beispielsweise in der Bundestagsberichterstattung getroffen haben. Allerdings bin ich mit den Leuten, über die ich in Bonn geschrieben habe, nicht in den Krieg gezogen. Bin ich zu nah dran? Abwarten.“¹⁵

Die Frage „zu nah dran“ wurde quer durch alle Medien äußerst kontrovers diskutiert. Die Süddeutsche Zeitung etwa merkte kritisch an: „Militär und Medien liegen in einem Bett, und das Bett ist das Schlachtfeld oder ist ein Panzer. [...] Von dort kommen die Aufnahmen von der Jagd durch die Wüste, die Bilder, die die Welt bewegen. Diesem Sog kann sich kaum einer entziehen – die Zuschauer nicht und auch nicht die Journalisten.“¹⁶ Der Krieg werde so inszeniert als „Fernsehshow: als Reality-TV, bei dem live gekämpft und gestorben wird. Gesendet wird von allen Fronten, rund um die Uhr in schnellen Konferenzschaltungen, die an die Übertragung großer Sportereignisse erinnert.“¹⁷

Das Konzept, inzwischen geradezu selbstverständlich geworden für die Berichterstattung aus Kriegsregionen mit westlicher Trup-

¹³ Diese Zahl beruht auf Schätzungen der SZ.

¹⁴ How ‚embedded reporters‘ are handling the war, BBC News vom 25. 3. 2003; siehe: http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/2885179.stm (15. 09. 2009).

¹⁵ Claus Christian Malzahn, Die Signatur des Krieges. Berichte aus einer verunsicherten Welt, Berlin 2005, hier zitiert nach ders., Auge in Auge mit dem Krieg, in: http://einestages.spiegel.de/static/authoralbumbackground/1595/auge_in_auge_mit_dem_krieg.html (29. 9. 2009).

¹⁶ Peter Münch/Wolfgang Koydl/Heiko Flottau, Feuer frei für die Bataillone der Bilder, in: *SZ* vom 24. 3. 2003.

¹⁷ Ebd.

penbeteiligung,¹⁸ war – vom Vietnamkrieg abgesehen, wo Journalisten und Armee ebenfalls gemeinsam unterwegs waren, allerdings ohne den organisatorischen Überbau des Embedding – für beide Seiten neu, für die Journalisten genauso wie für die Soldaten. „Die waren darauf auch nicht wirklich eingestellt [...] und sogar teilweise überfordert. Ich hatte keinen Presseoffizier und es gab nicht den Hauch eines Zensurversuchs“, urteilte Malzahn über seine Erfahrung Seite an Seite mit dem Militär.¹⁹

Gefährlich war die Arbeit während der heißen Phase des Krieges für Journalisten aller drei Gruppen – wobei das Klischee vom Kriegsreporter, der durch eine Panzerfaust an der Front stirbt, nur bedingt die Wirklichkeit beschreibt. Fälle wie der tragische Tod des Focus-Reporters Christian Liebig, der im April 2003 durch eine irakische Rakete starb, die im Camp der US-Militäreinheit einschlug, bei der er *embedded* war, blieben die Ausnahme.²⁰ Mehrere Journalisten hingegen kamen durch Beschuss der amerikanischen Armee ums Leben, oft verharmlosend als „friendly fire“ beschrieben. So starb beispielsweise am 8. April 2003 der Irak-Korrespondent des arabischen Satellitensenders al-Dschasira, Tareq Ayyoub, als ein Luftschlag der US-Armee das Gebäude traf, in dem der Sender untergebracht war. Der Vorfall zeigt, wie wenig berechenbar das Risiko für die Journalisten in der akuten Kampfphase war. So kamen auch mehrere Journalisten abseits vom eigentlichen Kampfgeschehen ums Leben.

Insgesamt haben die Medien in dieser ersten Phase des Irakkrieges in einem bislang nicht gekannten Ausmaß berichtet, mit einem enormen Aufwand an menschlichen und finanziellen Ressourcen. Dadurch entstand einerseits der Eindruck einer allumfassenden Berichterstattung, oft in Echtzeit. Anderer-

seits konnte jeder der vielen hundert Journalisten nur ein kleines Mosaikstück des ganzen Krieges zeigen. In den Worten von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: „What we are seeing is not the war in Iraq; what we’re seeing are slices of the war in Iraq.“²¹ Ähnlich urteilte der deutsche Journalist Peter Münch: „Der Krieg als die Summe von Millionen Einzelschicksalen entzieht sich jeder noch so intensiven Berichterstattung.“²²

Nach dem heißen Krieg kam das große Chaos, aber auch die Hoffnung. Mit den Saddam-Statuen fiel auch die eiserne Hand des Zensors; der Staatsapparat implodierte von einem Tag auf den anderen, ein großes Vakuum entstand. Der Welt blieben vor allem die Bilder der Heerscharen von Plünderern in Erinnerung, die durch die Straßen, Paläste und Ministerien marodierten und alles mitnahmen, was sie tragen konnten. Für die Medien wurde das Frühjahr 2003 zum Gründungsfrühling. In den sechseinhalb Kriegsjahren dürfte dies für Journalisten, in- wie ausländische, das beste Zeitfenster gewesen sein. Nach Jahrzehnten der Zensur und Unterdrückung durften irakische Journalisten zum ersten Mal schreiben, was sie wollten. Plötzlich war alles erlaubt, zumindest für eine kurze Zeit: Satellitenschüsseln, Internet, private Zeitungen. Irak, so lange isoliert, fand wieder Anschluss an die Welt.

Ende Mai löste die neu eingesetzte US-amerikanische *Coalition Provisional Authority* (CPA) das Informationsministerium per Verwaltungsorder auf; 6000 Angestellte wurden quasi über Nacht nach Hause geschickt. Binnen weniger Wochen entstanden neue Zeitungen, schreiend bunte Boulevardzeitungen, kleine ambitionierte Wochenblätter, englischsprachige Bulletins – es war die Zeit der Experimente. Natürlich mussten die Journalisten viel improvisieren. Journalisten, die Erfahrung mit einer freien Presse hatten, waren rar. Eine Lücke, die auf Medienentwicklung spezialisierte Nichtregierungsorganisationen erkannten. Das britische *Institute for War and Peace Reporting* (IWPR) etwa

¹⁸ Zum Beispiel in Afghanistan, wo sowohl die Bundeswehr als auch die amerikanischen und britischen Truppen und die NATO-Kontingente Journalisten anbieten, sich „embedden“ zu lassen.

¹⁹ Zit. in A. Kremer (Anm. 6), S. 32.

²⁰ „Focus“-Reporter starb bei Raketenangriff, in: faz.net vom 8. 4. 2003; siehe: www.faz.net/s/RubA24ECD630CAE40E483841DB7D16F4211/Doc~EC2401D6413CE40D99E10E4C4212AB55DÄTpl~Ecomon~Scontent.html (30. 9. 2009). Bei dem Angriff starb außerdem der Korrespondent der spanischen Zeitung El Mundo, Julio Anguita Parrado.

²¹ Zitiert nach PBS Newshour: Pro an Cons of Embedded Journalism vom 27. 3. 2003; siehe: www.pbs.org/newshour/extra/features/jan-june03/embed_3-27.html (30. 9. 2009).

²² Peter Münch, Lauern in der Lobby, in: SZ vom 27. 3. 2003.

bildete in Bagdad und später im Nordirak eine neue Generation junger irakischer Journalisten aus, die in den Folgejahren, als Irak für ausländische Journalisten zunehmend unzugänglich wurde, eine zentrale Rolle in der Berichterstattung über den Krieg übernahmen.¹²³

Doch zunächst brach auch für die ausländischen Journalisten im Irak eine neue Zeit an. Ohne „Minder“ konnten sie sich erstmals frei im Land bewegen, konnten sich Schicksale erzählen lassen. Der Fokus der Berichte verlagerte sich von den militärischen Aspekten der ersten Kriegswochen zu den Menschen und jenen Geschichten, die drei Jahrzehnte lang nicht erzählt werden konnten.¹²⁴ Für eine kurze Zeit fühlte es sich an, als sei der Krieg wirklich vorbei.

Doch spätestens mit dem Anschlag auf das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Bagdad am 19. August 2003, bei dem unter anderem der UN-Sondergesandte Sergio Vieira de Mello starb, war klar: Dieser Krieg ist noch lange nicht vorbei. Schon bald verging kaum eine Woche, in der nicht irgendwo eine Autobombe explodierte oder sich ein Selbstmordattentäter sprengte. Betonmauern und Straßensperren verwandelten Bagdad schrittweise in ein festungsähnliches Labyrinth.¹²⁵

Mit der Sicherheitslage veränderte sich die Arbeit der Reporter erneut. Statt über den neuen Alltag der Iraker schrieben sie nun über einen Krieg, der mit anderen Waffen geführt wurde. Und bei dem sich nicht klar erkennen ließ, wer eigentlich der Feind war. Sicherheit wurde zur alles dominierenden Frage bei der täglichen Arbeit. Dann begannen die Entführungen. Anfangs wirkten sie wie Einzelfälle, doch schon bald kristallisierte sich ein Muster heraus: Al-Qaida und mit ihnen kooperierende Splittergruppen konnten ausländische Geiseln benutzen, um politischen Druck (zum Beispiel auf jene Nationen, die Truppen im Irak hatten) auszuüben und Aufmerksamkeit in den Medien zu erregen. Irakische Geiseln wurden vor allem entführt, um Geld zu erpressen. Zeitweise be-

fanden sich bis zu 40 Ausländer in der Hand von Kidnappern, darunter auch mehrere Journalisten.¹²⁶ Die Autorin, die sich damals als freie Journalistin in Bagdad aufhielt, wurde von der deutschen Botschaft mehrfach aufgefordert, das Land zu verlassen, da ausländische Journalisten zunehmend damit rechnen müssten, Opfer von Entführungen zu werden.¹²⁷

Die Bewegungsfreiheit war extrem eingeschränkt, jeder Recherche gingen aufwändige Sicherheitsvorkehrungen voraus. Viele Ausländer verließen das Land, große Zeitungen und Fernsehsender bauten ihre Büros zu Festungen aus oder zogen in die *Green Zone*, jenes Hochsicherheitsviertel im Zentrum Bagdads, in dem die amerikanische Zivilverwaltung saß. Ein immer größerer Teil der Recherchearbeit ging nun auf Iraker über, auf so genannte „Fixer“ oder „Stringer“, die für eine Redaktion gezielt Informationen sammelten, Kontakte herstellten, Interviews anbahnten und zunehmend auch selbst führten.

Auch griffen ausländische Reporter wieder verstärkt auf das *Embedding* zurück, das die Koalitionstreitkräfte nach wie vor anboten. Mit dem Militär konnten sich ausländische Journalisten (wieder) am ehesten im Land bewegen – was die Perspektive der Berichte erneut veränderte. Der Alltag der Iraker geriet in den Hintergrund, der Schwerpunkt lag wieder auf militärischen und sicherheitspolitischen Aspekten. Ein zentrales Thema seit Frühjahr 2004 war der Kampf gegen al-Qaeda im Irak.

Der nächste Einschnitt kam am 22. Februar 2006, als Unbekannte die Goldene Moschee in Samarra, ein wichtiges schiitisches Heiligtum, angriffen und teilweise zerstörten. Nach dem heißen Krieg, der kurzen Phase der Hoffnung, der Rückkehr zum Krieg mit anderen Mitteln, trat der Irakkrieg in seine nächste, bislang tödlichste Phase: die der ethnischen Gewalt. In den Tagen nach dem Anschlag starben mehr als 100 Iraker bei Ausschreitungen zwischen Sunniten und

¹²³ Von März 2005 bis Mai 2008 bildete die Autorin im Auftrag von IWPR Journalisten im Irak aus; Details zur Arbeit der jungen Iraker unter www.iwpr.net.

¹²⁴ Zum Beispiel Christoph Reuter, Spurensuche nach den Opfern von Saddams Terror-Herrschaft, in: *Der Stern* vom 8. 5. 2003, S. 70.

¹²⁵ Vgl. Susanne Fischer, Anschlag auf den Alltag, in: *Tagesspiegel* vom 27. 10. 2003.

¹²⁶ Vgl. dies., Live aus Bagdad: Leben in Zeiten des Krieges, in: *Brigitte.de* vom 15. 4. 2004; siehe: www.brigitte.de/gesellschaft/politik-gesellschaft/bagdad-523542/ (13. 10. 2009).

¹²⁷ Nach dem Tod zweier GSG-9-Soldaten auf dem Weg von Amman nach Bagdad im April 2004 berief die deutsche Botschaft alle noch in der Stadt verbliebenen deutschen Korrespondenten ein und appellierte dringend an sie, das Land zu verlassen.

Schiiten, und das gegenseitige Töten setzte sich in den folgenden Monaten fort.

Auch für Journalisten, vor allem die irakischen, begann mit Samarra ein neuer Zeitabschnitt. Im August 2006 hatte die Zahl der im Irak getöteten Journalisten laut Reporter ohne Grenzen bereits 100 erreicht, davon waren die Mehrzahl Iraker. Immer offener wurden sie bedroht, per SMS, Anruf oder mit einem Zettel am Gartentor. „Hör auf zu schreiben, oder Du wirst geköpft!“ war die unmissverständliche Botschaft an einen jungen schiitischen Reporter in Hawija, einer sunnitischen Extremistenhochburg im Norden Iraks. Nach wiederholten Drohungen floh er schließlich in den Süden des Landes.¹²⁸ Schlagzeilen machten vor allem die Schicksale ausländischer Kollegen wie das der amerikanischen Reporterin Jill Carroll, die am 7. Januar entführt und am 30. März 2006 freigelassen wurde.¹²⁹ Das Hauptrisiko aber trugen – und tragen noch heute – die einheimischen Reporter, Fotografen und Kameraleute. Aus Angst vor Mord oder Entführung begannen viele, ihre Arbeit selbst vor der eigenen Familie geheim zu halten und unter falschen Namen zu schreiben. Viele legten sich Ausweise mit unterschiedlichen Namen zu, einem sunnitischen und einem schiitischen, um an den überall entstehenden Checkpunkten privater Milizen nicht aufzufallen.

Und wer traute sich noch, Alltagsgeschichten aus dem Irak zu schreiben, bei rund 4000 gewaltsamen Toden, die es Ende 2006, Anfang 2007 jeden Monat gab?¹³⁰ 2007 wurde auch für die US-Truppen mit 899 gefallenen Soldaten zum bislang tödlichsten Jahr des Irakfeldzugs.¹³¹

Die extrem schwierige Sicherheitslage führte auch bei den ausländischen Journalisten dazu, dass immer weniger über den All-

tag der Iraker und immer mehr über Sicherheit, Militär und den Kampf gegen den Terror berichtet wurde. Eine Umfrage des „Project for Excellence of Journalism“ unter amerikanischen Journalisten im Irak ergab, dass die Mehrzahl die Berichterstattung über den militärischen Teil des Irak-Krieges für umfassend und ausreichend hält, aber große Defizite beim Thema „Alltagsleben der Iraker“ sieht.¹³² Eine Auszählung der Geschichten nach Themen bestätigte diesen Eindruck: Lediglich drei Prozent der Geschichten und fünf Prozent der Nachrichten handelten von irakischen Zivilisten.¹³³

Die fünfte und bislang letzte Phase der Irakberichterstattung wurde eingeläutet durch den „Surge“, wie das Pentagon seine Konteroffensive im Irak ab Februar 2007 nannte, mit der das Land und vor allem Bagdad wieder unter Kontrolle gebracht werden sollte. 30 000 zusätzliche Soldaten wurden ins Land geschickt, außerdem wurden in den sunnitischen Vierteln Bürgerwehren eingerichtet, die dem Militär und der Polizei dabei helfen sollten, al-Qaeda und ihre Verbündeten aus den Städten zu vertreiben.

Ab Frühjahr 2008 zeichnete sich eine erste Besserung der Sicherheitslage ab, die Zahl der Anschläge ging zurück. Für Journalisten ist das Land nach wie vor eines der gefährlichsten der Welt, doch immer häufiger sind auch außerhalb der Hochsicherheitszonen wieder ausländische Journalisten anzutreffen. Bagdad ist nicht mehr nur eine verbotene Stadt. Von einem normalen Arbeitsalltag für Journalisten aber kann bis heute, mehr als sechseinhalb Jahre nach dem offiziellen Kriegsende, nicht die Rede sein. Wer aus dem Irak berichtet, muss dies weiterhin unter den Bedingungen von Krieg und Krise tun.

¹²⁸ Vgl. Nesir Kadhim, Iraq: Shooting the messenger, IWPR Iraqi Crisis Report (ICR), No. 193 vom 6. 9. 2006; siehe: www.iwpr.net/?p=icr&s=f&o=323688&apc_state=henniicr2006 (13. 10. 2009).

¹²⁹ Nach einer Statistik von Reporter ohne Grenzen (ROG) war Carroll die 8. entführte ausländische Journalistin von insgesamt 37 im Irak gekidnappten Journalisten; vgl. ROG vom 2. 9. 2006, in: www.rsf.org/Three-kidnapped-journalists-still.html (13. 10. 2009).

¹³⁰ Die United Nations Assistance Mission for Iraq bezifferte die Zahl der durch Gewalteinwirkung getöteten Zivilisten im Irak allein für das Jahr 2006 auf 34 452.

¹³¹ 2007 was deadliest year for U.S. troops in Iraq, in: MSNBC World News vom 31. 12.–2007; siehe: www.msnbc.msn.com/id/2.4.1069/ (25. 9. 2009).

¹³² Vgl. Project for Excellence of Journalism: The Portrait from Iraq. How the Press has covered Events on the Ground, Web Version, S. 2; siehe: www.journalism.org/node/8996 (25. 9. 2009).

¹³³ Vgl. ebd., Zeitraum der Auswertung: 1. Januar bis 31. Oktober 2007, insgesamt 1106 ausgewertete Medienberichte in Print, Internet, Fernsehen und Radio.

APuZ

Nächste Ausgabe 47/2009 · 16. November 2009

Soziale Gerechtigkeit

Stefan Liebig · Meike May

Dimensionen sozialer Gerechtigkeit

Frank Nullmeier

Soziale Gerechtigkeit – ein politischer „Kampfbegriff“?

Wolfgang Glatzer

Gefühlte (Un)Gerechtigkeit

Jürgen Gerhards · Holger Lengfeld

Europäisierung von Gerechtigkeit aus Sicht der Bürger

Mike S. Schäfer · Andreas Schmidt · Teresa Zeckau

Transnationale soziale Ungleichheit in den Medien

Max Fuchs

Sozialer Zusammenhalt und kulturelle Bildung

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Asiye Öztürk
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Manuel Halbauer (Volontär)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Jochen Hippler

3-8 **Wie „Neue Kriege“ beenden?**

Die meisten aktuellen Kriege werden zunehmend um die Loyalität und Unterstützung der Bevölkerung geführt, militärische Gewalt hat an Bedeutung verloren. Das entscheidende Instrument zur Kriegsbeendigung ist die Schaffung funktionierender und gesellschaftlich akzeptierter Governance-Strukturen.

Monika Heupel

9-14 **Die Gewaltökonomien der „Neuen Kriege“**

Ein typisches Merkmal der „Neuen Kriege“ sind Gewaltökonomien, die auf dem Handel mit natürlichen Ressourcen basieren. Der Artikel skizziert Entstehungsbedingungen und Implikationen für die Konfliktbearbeitung und stellt Instrumente zur Schwächung von Gewaltökonomien vor.

Michael Brzoska

15-20 **Bedingungen erfolgreicher Friedenskonsolidierung**

Die Umstände der Nachkriegskonsolidierung sind mitentscheidend dafür, wie wahrscheinlich das Wiederaufflammen eines Krieges ist. Die zentralen Erfordernisse sind die Organisation physischer Sicherheit, Aufbau einer politischen Ordnung, psycho-soziale Transformation und wirtschaftliche Entwicklung.

Rita Schäfer

21-26 **Kriegerische Männlichkeit**

Zum Verständnis der Gewaltdynamiken in Kriegen ist es notwendig, die gewaltgeprägte Maskulinität und die Machtverhältnisse zwischen Männern zu analysieren. Diese spiegeln gesellschaftliche und politische Strukturen sowie ökonomische Entwicklungen auf lokaler und nationaler Ebene.

Sibylle Tönnies

27-32 **Die „Neuen Kriege“ und der alte Hobbes**

Nicht das Auftreten asymmetrischer Kriege ist eine Neuheit, sondern der Kurswechsel, den die Politikwissenschaft vorgenommen hat: Sie hält jetzt die Konzentration legitimer Gewalt im Staat für wünschenswert. Dabei sollte sie sich von dem Fachmann in dieser Frage belehren lassen: Thomas Hobbes.

Susanne Fischer

33-38 **Journalisten im Irak**

Der Krieg im Irak gilt seit Mai 2003 offiziell als beendet. In keinem anderen Land weltweit ist es aber noch immer so gefährlich, als Journalist zu arbeiten. Der Artikel geht der Frage nach, wie Journalisten die Herausforderungen bewältigen, die Krieg, Krise und Gewalt mit sich bringen.